

Politische Uebersicht.

Ein Sündenbuch.

Das Hirschsche Bureau gibt folgende Mitteilung aus: In hiesigen politischen Kreisen verlautet seit einigen Tagen, daß die Stellung des preussischen Justizministers Dr. Bessler erschüttert sei, und zwar infolge seiner Haltung in der Frage einer strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Demonstration im Reichstag. Nach Informationen des Hirschschen Telegraphenbureaus können diese Gerüchte als nicht ganz grundlos bezeichnet werden.

Das wäre doch zu köstlich! Dr. Bessler hat bekanntlich auf eine Anzapfung eines Herrenhauslers erklärt, daß eine strafrechtliche Verfolgung unserer Konserverativen als Sündenbuch geschlachtet werden. Hoffentlich findet sich dann ein Nachfolger, der gegen das bessere Wissen Besslers eine Verfolgung veranlaßt. Auf diesen Prozeß wären wir wirklich begierig. Deshalb hoffen wir, daß das Hirschsche Bureau besser unterrichtet ist als die „National-Zeitung“, die behauptet, daß man im Justizministerium nichts von der Sache wisse.

Die Kampfzeit im Glasfäßchen.

Auf der Leipziger Buch- und Verlagsausstellung schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, findet man unter andern schönen Dingen auch eine geschmackvoll ausgestattete Sammlung der „Frankfurter Zeitung“. Man sieht die Entwicklung des redaktionellen Stoffes an dieser Platte und es wird dargestellt, wie der Inseratenteil gewachsen ist. Ein wenig abseits, nur dem aufmerksameren Beschauer sichtbar, hängt ein kleines Schriftstück unter Glas und Rahmen: eine Bescheinigung aus dem Jahre 1874, daß der Begründer und Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“, Leopold Sonnemann, das Gefängnis nach Verbüßung einer mehrmonatigen Haftstrafe verlassen habe, die er wegen Verleumdung des preussischen Mandarinentums erhalten hatte. Und über diesem Glasfäßchen ist zu lesen: Aus der Kampfzeit der „Frankfurter Zeitung“.

Die Kampfzeit im Glasfäßchen... Wir schlagen alle Jahrgänge des bekannten Europäischen Geschichtskalenders von Schultheß auf. Kämpfe um parlamentarische Rechte erregen das Land, in Preußen steht die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses in heissem Streit gegen die Regierung, die liberalen Blätter und die liberalen Redner stoßen heftige Schladtrufe gegen das herrschende Regime aus. Es war die Periode des Verfassungskonflikts in Preußen, in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aus dieser Zeit hält Schultheß die wichtigsten Vorfälle fest; einige davon seien in folgendem in Erinnerung gebracht:

6. Juni 1863. Rundreise des Kronprinzen später Kaiser Wilhelm I. in die Provinz Preußen. Die Stadtverordneten einer ganzen Reihe von Städten der Provinz beschließen, unter den obwaltenden Umständen alle Empfangsfeierlichkeiten zu unterlassen und auch keine Deputation an ihn zu schicken.

18. Juni 1863. Die Stadtverordneten von Berlin beschließen, in Zukunft alle Adressen und Deputationen an das kgl. Haus überhaupt zu unterlassen.

23. Juni 1863. Die Stadtverordneten von Königsberg in der Neumark lehnen alle Empfangsfeierlichkeiten für die Prinzen Albrecht und Friedrich Karl ab, mit 9 gegen 6 Stimmen selbst eine Begrüßung. (Daselbe geschah im Herbst bei Gelegenheit der Rundreise selbst dem König gegenüber.)

31. Juli 1863. Tod des Prinzen Friedrich. Die Stadtverordneten von Berlin beschließen mit 24 gegen 26 Stimmen, die Absendung einer Adresse und Deputation zu unterlassen. Im Ministerium wird deshalb die Frage der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung ventilirt.

22. Dezember 1864. Die Stadtverordnetenversammlung von Berlin lehnt den Antrag, ihren Beschluß vom 18. Juni 1863 wieder aufzuheben, mit 54 gegen 26 Stimmen ab.

25. Februar 1865. Die Stadtverordneten von Stettin lehnen mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Landes mit 27 gegen 23 Stimmen die ihnen zugemuteten Empfangsfeierlichkeiten für den Kronprinzen ab.

9. März 1865. Die Stadtverordneten von Köln lehnen mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Landes jede ihnen zugemutete Bewilligung für die Feier des 50jährigen Jubiläums der Vereinigung der Rheinlande mit der Krone Preußen ab.

18. März 1865. — Dagegen lehnen auch zu Essen die Stadtverordneten die Bewilligung an der Feier ab.

22. Februar 1866. In das schließlich vom Präsidenten (des Abgeordnetenhauses) auf den König ausgebrachte Hoch stimmten nur die Juden und Katholiken ein.

23. Februar 1866. Schluß der Session des Landtags im weißen Saale des kgl. Schlosses. Zu der Feierlichkeit findet sich keiner der Präsidenten des Abgeordnetenhauses und von den Mitgliedern nur die Juden und einige Katholiken ein.

22. März 1866. Geburtstag des Königs. Das Vorsteherramt der Kaufmannschaft von Königsberg beschließt, die übliche Ausflagung und Illumination des Börsegebäudes diesmal zu unterlassen. Es wird deshalb eine Untersuchung eingeleitet.

Diese immerhin noch mannhaften Taten sind von Liberalen vollbracht worden, von den Vätern derselben Leute, die sich heute gar nicht gemig über die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags entrüsten können, weil sie beim Kaiserhoch nicht aufgestanden ist. Die Liberalen der sechziger Jahre haben, wie man aus obigen Beispielen ersehen kann, noch nicht einmal vor Toten den landesüblichen Respekt gehabt. Und wenn die Nachfahren jener aufrechten Männer heute mit den Junkern um die Wette auf die Sozialdemokratie wegen des verweigerten Kaiserhochs schimpfen, so kann uns das nur zur Ehre und Genugthuung gereichen.

Aufhebung der Immunität.

In Abonnementeinladungen und Zeitartikeln kämpft jetzt das unappetitliche deutsche Blatt, die „Post“, für die Monarchie, das selbe Blatt, das Wilhelm II. während der Marokkofrise nicht genug beschimpfen konnte, weil er nicht im Interesse ihrer Weltheber einen Krieg entfesseln wollte. Diesmal gibt sie dem preussischen Dreiklassenwähler und Landrat A. D. von Dewitz das Wort, der folgende beschriebene Wünsche äußert:

„Dem kann nur durch Beschränkung der Immunität auf dem Wege der Verfassungsänderung und der Forderung des Strafgesetzbuches entgegengetreten werden. Der Artikel 30 der Verfassung hätte folgenden Zusatz zu erhalten: „Ausgeschlossen hiervon sind Rundgebungen, welche den Inhalt der §§ 95 und 99 des Strafgesetzbuchs enthalten.“ Damit würde in Zukunft das demonstrative Ehrenbleiben bei dem Kaiserhoch strafrechtlich geahndet werden. Zur Verschärfung der vorgeschlagenen Bestimmung würde nur noch nötig sein, den Artikel 31 der Verfassung dahin zu ergänzen, daß in dem Falle einer Verleumdung des Kaisers oder eines Bundesfürsten die Genehmigung des Reichstags zur Einleitung einer Untersuchung oder Verhaftung nicht erforderlich ist. — Es ist kaum anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien einer derartigen Vorlage der Regierung ihre Zustimmung verweigern würden. Sollte sich aber dafür keine Mehrheit finden, so würde

händen will man jetzt der Regierung zur Tugend anrechnen, die die größte Milde anempfohlen haben soll. Durch welches geheimnisvolle Mittel diese Empfehlung in die Romagna gelangt sein soll, die seit dem Abend des 7. von jeder Telegraphen- und Telefonverbindung abgeschnitten war, das ist ein Betriebsgeheimnis der bürgerlichen Journalistik.

Bei der Verbreitung der Bewegung darf man nach den Beobachtungen von Morgari und Modigliani auch die wirtschaftlichen Ursachen nicht aus dem Auge verlieren. Die Not und Arbeitslosigkeit der Romagna sind ungeheuer groß, was sogar vom Präfecten von Ravenna und dem Unterpräfecten von Lugo zugegeben wurde. Gerade die wirtschaftlichen Ursachen suchen die bürgerlichen Blätter totzuschweigen: sie sind aber unverkennbar und treten um so deutlicher hervor, je näher man die Bewegung betrachtet und namentlich die ersten Schritte der neuen republikanischen Verwaltungen ins Auge faßt.

Ueber die Episode des Generals Agliardi haben unsere Genossen eine ganz andere Lesart erfahren, die sie als die richtige verbürgen. Der General wäre mit den anderen Offizieren auf einer Brücke von hinten überfallen worden und entworfen, ohne jede Möglichkeit der Gegenwehr. Auf diese Weise wäre er in die Hände von Individuen gefallen, die nicht der organisierten Arbeiterschaft angehören. Die Landarbeiter von Savio hätten dann die gefangenen Offiziere übernommen, und ihnen wäre es zu danken, wenn den Gefangenen kein Unheil widerfahren ist. Darüber, daß der General nachher die zu seiner Befreiung heranziehenden Truppen zum Rückzug bewegen hat, sagt der „Avanti“ nichts. Diese Darstellung der Sache, die eigentlich viel wichtiger ist als die Gefangennahme selbst, scheint also auf Nichtigkeit zu beruhen. —

Der Gesamteindruck unserer Genossen ist um so wichtiger, als die Regierung glauben machen will, daß die Bewegung in der Romagna die Folge eines Komplotts sei. Daß das in Wirklichkeit nicht der Fall sein kann, geht allein aus der Tatsache hervor, daß die Arbeiterbewegung der Romagna durch den Zwiespalt zwischen Sozialisten und Republikanern gespalten ist, so daß jede Verständigung zwischen den beiden Richtungen ein Ding der Unmöglichkeit wäre.

Außerdem liegt ja der Anlaß der Bewegung sonnenklar am Tage, so daß nur der Spürsinn der Reaktion das Bedürfnis fühlen kann, nach anderen Ursachen zu forschen. Am 20. d. M. hat man es richtig gewagt, einen Haftbefehl gegen Malatesta zu erlassen, und zwar wegen gewaltthätigen Anschlags auf die Staatsverfassung. Außerdem werden in Ancona Verhaftungen vorgenommen. Auch in dem Hause der Republikaner, in der Villa Rossa, ist eine Hausdurchsuchung abgehalten worden, die nichts ergab. In der Nacht vor der Hausdurchsuchung hatten mehrere Republikaner ein Individuum übertracht, das die Tür der Villa mit einem Nachschlüssel zu öffnen suchte. Man kann gewiß sein, daß dies geheimnisvolle Individuum den Republikanern nicht wegnehmen wollte, sondern ihnen irgendein Geschenk bringen, das die Polizei am nächsten Tage zur Entrüstung aller Wohlgeanteten gefunden hätte. Man versucht es mit brutaler Reaktion. Wenn nur gut geht...

Der badische Parteitag und das Kaiserhoch.

Aus Baden wird uns geschrieben: Der am Sonnabend und Sonntag in Freiburg abgehaltene badische Parteitag hat sich auch mit dem Ehrenbleiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch beschäftigt und hat eine Erklärung beschlossen, wonach kein Grund vorgelegen habe, von der alten Praxis (d. h. des Davonlaufens) abzuweichen. Der über diesen Vorgang in der badischen Parteipresse erscheinende Bericht kann draußen im Lande leicht eine falsche Meinung über das Zustandekommen des Beschlusses erwecken. Der Antrag Kruse, welcher die neue Taktik billigte, war von 80 Delegierten, das waren 5 über die Hälfte, am Abend des ersten Verhandlungstages unterzeichnet eingereicht worden. Die scharfe Stellungnahme des Genossen Dr. Frank, der sich nicht nur in seinem Referat, sondern auch in der Diskussion und in seinem Schlusswort gegen den Antrag wandte und der erklärte, daß er seine Annahme als eine persönliche Verleumdung empfinden müsse, veranlaßte eine Anzahl namentlich Mannheimer Delegierten, die ihren Reichstagsabgeordneten nicht im Stiche lassen wollten, ihre gegebenen Unterschriften zurückzuziehen und für den Antrag Großhans, der das Davonlaufen auch weiter beibehalten wissen will, zuzustimmen. Der Antrag Kruse war, nach dem Umfall der genannten Delegierten, zurückgezogen worden, in der Erwartung, daß der Parteitag von einer Beschlussfassung in der Frage überhaupt absehen werde. Aber auch gegen den Antrag, der über die Frage des Ehrenbleibens oder Davonlaufens überhaupt keinen Beschluß gefaßt wissen wollte, wandten sich die Frank'schen Anhänger und brachten ihn zu Fall; man wollte hier kein Kompromiß, man wollte einen vollen Sieg.

Die vermeintlich klugen Taktiker Volk-Frank'scher Richtung hätten aber klüger gehandelt und der Partei einen besseren Dienst geleistet, wenn sie jetzt, wo ein förmliches Aestretreiben im bürgerlichen Wäldchen gegen die Reichstagsfraktion eingeleitet hat, sich hinter diese gestellt hätten, anstatt ihren bürgerlichen Angreifern — wenn auch ungewollt — Waffen gegen sie zu liefern.

Auf dem Parteitag herrschte eine scharfe Stimmung gegen die „Salonpolitik“. Allgemein wurde der Zusammenbruch des „Großblods“ begrüßt und vielfach gewünscht, daß die Arbeitgemeinschaft mit den Nationalliberalen ihr Ende erreicht haben möge. Ein Antrag Lörrach, wonach ein Großblock im ersten Wahlgang und eine Arbeitgemeinschaft mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich abzulehnen ist, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Großblock soll nur dann abgeschlossen werden können, wenn der Sozialdemokratie von den Nationalliberalen Garantien zur Wahrung der Geistes- und Gewissensfreiheit gegeben werden. Da solche Garantien von den Nationalliberalen natürlich nicht geboten werden können, so ist, wenn der Beschluß nicht wieder umgestoßen wird, der Großblock erledigt. Daß ein solcher Beschluß überhaupt gefaßt werden könnte, hätte vor einem Jahre auch der größte Optimist unter den Radikalen nicht zu hoffen gewagt. Der Ausfall der Landtagswahlen hat die Genossen in Wiesental, wo die nationalliberalen Textilfabrikanten zu den schlimmsten Scharfmachern gehören, gelehrt, daß ein Bündnis mit dieser Gesellschaft unserer Werkbrot bei den ausgebeuteten und geknechteten Arbeitern sehr schädlich ist. Bezeichnend für den Beginn einer Wandlung nach links ist auch der Umstand, daß namentlich in der geschlossenen Sitzung am Sonnabend die scharfsten Angriffe gegen die bisherige Taktik von Karlsruher Delegierten gemacht wurden. Das erklärt sich aus den bei den Landtags- und neuerdings bei den Stadtverordnetenwahlen erlittenen Niederlagen. Der Gedanke, daß mit Nationalliberalen keine liberale Politik gemacht werden kann, hat — das ist scharf ausgesprochen worden — namentlich seit dem völligen Verlegen der Nationalliberalen auch in der Schulfrage immer weitere Parteireise ergriffen. Und das ist gut so!

Willen der Scharfmacher unterwirft, und die sich nicht scheut, sogar auf internationalen Arbeiterversammlungen ihre sozialpolitische Minderndigkeit zu erweisen. Schmidts Referat klang aus in die Forderung nach Bewegungsfreiheit für die Gewerkschaften nach allen Seiten, nach Gleichstellung mit den Gegnern. Aber trotzdem erklärte er: Wenn die Arbeiter unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden, wenn die herrschenden Klassen den Boden des gleichen Rechts verlassen, daß dann auch für die Arbeiter die Grundlage der Taktik verschoben ist.

Wer die Rede des ruhigen und vorsichtigen Genossen Robert Schmidt prüft, findet in ihr eine scharfe Mahnung an die Herrschenden, jede Ueberspannung des Bogens zu vermeiden. Von all den Rednern, die ihre Ausführungen an Robert Schmidts Referat anknüpften, wandte sich keiner gegen seinen Standpunkt. Nur eine Reihe besonderer Wünsche wurde formuliert, so vor allem vom Genossen Bauer, der zahlreiche Uebelstände der Reichsversicherungsordnung geißelte. Die Bergarbeiter klagten bei dieser Debatte über die hohe Unfallziffer in ihrem Beruf und die sonst auf dem Kongreß als Opposition betrachteten Transporthilfen erklärten sich von der Wirksamkeit der sozialpolitischen Abteilung in jeder Hinsicht befriedigt. Selbstverständlich wurde die Frage des Heimarbeiterschlusses wie der Hausarbeiterversicherung sowohl vom Genossen Bauer wie vom Vertreter des Schneiderverbandes Genossen Sabath gründlich, aber leider auch sehr pessimistisch erörtert.

In wichtigen Resolutionen wurden die Wünsche des Kongresses in bezug auf die dringendsten sozialpolitischen Aufgaben zusammengefaßt. Sehr wichtig waren die Ergänzungen, die Genosse Wissell als Referent über das Central-Arbeitersekretariat dem Referat des Genossen Robert Schmidt anhängte. Er sprach vor allen Dingen über die Verschlechterung der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, wodurch der dolus eventualis, dieses juristische Angelium, in die Praxis des Reichsversicherungsamts eingeführt ist. Mit vollem Rechte wies Wissell darauf hin, daß es durchaus falsch sei, die Arbeiterversicherung lediglich als einen Vorteil für die Arbeiter hinzustellen und die Ausgaben dafür als Leistungen für die Arbeiter zu rühmen. Gibt es doch in der Landwirtschaft und zum Teil auch außerhalb der Landwirtschaft zahlreiche Nichtarbeiter, die Vorteile aus der Arbeiterversicherung ziehen. Daß die Arbeiter aber nicht ganz unschuldig seien an den Mängeln der Rechtsprechung, wies Wissell treffend nach in seiner Kritik der Wahlen zu den Trägern der Versicherung. Hier berührte sich sein Referat mit den mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Darlegungen der Genossin Gertrud Hanna, die für das Arbeiterinnensekretariat Bericht erstattete. Sie und im Anschluß an ihr Referat die Genossin Köhler zeigten, wie notwendig im Interesse der Gesamtarbeiterschaft die Organisierung der Hausangestellten ist, die bisher als Stimmvieh bei den Versicherungswahlen benützt wurden. Aber was für die Hausangestellten gilt, das gilt ja auch für die zahlreichen anderen Arbeiterinnen, bei denen die niedrigen Löhne und die Schwierigkeit, sie zu organisieren, hemmend auf den Aufstieg der Arbeiterbewegung wirken. In ausgezeichneter Weise legte Genossin Gertrud Hanna die Hemmnisse dar, die für die Organisierbarkeit der Arbeiterinnen gelten. Sie zeigte, wie stark sich die Arbeiterinnen Illusionen hingeben und wie ihre Lage immer schlechter werde. Auf eine ganze Reihe neuer Probleme richtete die Sekretärin der General-Kommission die Aufmerksamkeit des Kongresses, so auf die Hemmungen, die der Abwanderung der Arbeiterinnen vom Lande in die Stadt entgegengestellt werden und auf die sachmännische Ausbildung, die man heute von den jungen Arbeiterinnen verlangt. Die lebhafteste Aufmerksamkeit, die die Ausführungen der Genossin Hanna fanden, bewies, daß der Kongreß in seiner Gesamtheit sich der Wichtigkeit der Organisierung der Arbeiterinnen sehr wohl bewußt war.

Der zweite Kongreßtag begann mit einem Bericht der Mandatsprüfungskommission, er schloß mit einer kurzen Debatte über Genossenschaftsfragen und mit der Einleitung Regiens zur Erörterung über das neue Statut der General-Kommission.

Der Aufstand in der Romagna.

Rom, den 20. Juni. (Eig. Ber.)

Im Auftrage der sozialistischen Parlamentsfraktion haben sich die Abgeordneten Morgari und Modigliani in die Romagna begeben, um an Ort und Stelle Erhebungen über die Aufstandsbewegung anzustellen. Nach einigen vorläufigen Mitteilungen, die der „Avanti“ veröffentlicht, haben die beiden Abgeordneten festgestellt, daß die Bewegung, über deren Ergebnisse die bürgerlichen Blätter soviel zeteren, in Wirklichkeit nur sehr wenige Uebergriffe gezeitigt hat. Vor allem sei hervorzuheben, daß die Tumulte ganz von selbst in kürzester Zeit eingestellt wurden, trotz der großen und berechtigten Erbitterung, die von den langen Streiks der vorigen Jahre gegen die Agrarier besteht und trotz des Mangels jeden Widerstandes von seiten der Behörden. In keinem Falle haben einzelne Individuen die Grundbesitzer gebrandschont. Die Komitees haben Lebensmittel requiriert und haben bei der Verteilung sorgfältig darüber gewacht, daß keinerlei Mißbrauch vorkäme. Wo kein Bedürfnis nach Lebensmitteln bestand, wie zum Beispiel in dem Dorf Reggano, wurden diese zurückgewiesen. Das nach der Verteilung übriggebliebene Getreide hat man den Grundbesitzern zurückgegeben. In verschiedenen Orten haben die Besitzler den Aufständischen Geld angeboten, aber dieses Angebot ist nirgends angenommen worden. Das bei der Zerstörung des Bahnhofes von Ravenna vorgefundene Geld wurde verbrannt. Davon, daß man geplündert und sich bereichert hätte, ist also absolut nicht die Rede.

Von seiten der Bourgeoisie und der Behörden wurde den Aufständischen nicht der mindeste Widerstand geleistet. In den meisten Orten war auch das Bürgertum überzeugt, daß in ganz Italien die Republik proklamiert worden wäre. In Rimini war die Ueberzeugung so fest, daß man eine Nummer des Mailänder „Secolo“, die am Donnerstag eintraf, für eine Fälschung der gestürzten Regierung ansah. Man stellte lange Vergleiche mit früheren Nummern des Blattes an, als deren Schluß man zu der Feststellung kam, daß das „gefälschte“ „Secolo“ mit anderen Buchstaben gedruckt war. So wurde es zweifellos, daß die gestürzte Regierung in der Romagna eine falsche Darstellung der Situation des Landes verbreiten ließ, um hier einen Stützpunkt zu finden! Bemerkenswert ist, daß die Bourgeoisie sich so leichtem Kaufs in den Stranz der Monarchie ergeben hat. Sie war offenbar gleich bereit, sich mit dem neuen Regime abzufinden, was auch den Mangel an Widerstand von seiten der Behörden erklärt. Das Verhalten der Be-

Gewerkschaftliches.

Politisch-Erklärung der Gelben.

Um einem Irrtum vorzubeugen, bemerken wir von vornherein, daß es nicht die Polizei ist, welche die Vereine der Gelben als politisch erklärt hat. Kein, sie selbst haben es getan, die unter dem gelben Banner marschierenden Schutztruppen der Unternehmerinteressen. In aller Öffentlichkeit haben sie sich durch eine programmatische Erklärung zu politischen Vereinen gestempelt. — In Halle a. S. war es, wo fürzlich die Vorsitzenden der nationalen Arbeiter- und Werkvereine — also die Häupter der Gelben — unter Führung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammenkamen, um zur Förderung der gelben Sache ein nationales Kartell zu gründen. Bei dieser Gelegenheit wurde, wie die konservative „Hollische Zeitung“ berichtet, folgendes Programm für die politische Tätigkeit aufgestellt:

„Fragen über Sozialpolitik sowie Politik dürfen nicht mehr ängstlich gemieden werden. Der bisherige Grundsatz: Politik darf nicht getrieben werden, gehört in die Kumpfkammer. Die nationale, vaterländische usw. Arbeiterschaft ist verpflichtet, zu allen politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Das Kartell muß die Pfalanz bilden den sozialdemokratischen Organisationen gegenüber.“

Wir machen den Gelben keineswegs einen Vorwurf daraus, daß sie sich offen für die politische Betätigung ausprechen. Erwähnenswert ist diese Tatsache nur deshalb, weil sich ja nun zeigen muß, wie sich die Polizei diesen gelben politischen Vereinen gegenüber verhalten wird, dieselbe Polizei, welche die freien Gewerkschaften, die keine Politik treiben, in den Schlingen des Vereinsgesetzes fangen will, um sie in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern. Doch was braucht man viel nach dem Verhalten der Polizei fragen. Vereine, die „nationale“ Politik treiben, fesselt man nicht mit den einschränkenden Bestimmungen des Gesetzes. Diese sind vielmehr nur für diejenigen Gewerkschaften da, die im Verdacht stehen, sozialdemokratische Politik zu treiben, während sie sich in Wirklichkeit von jeder politischen Betätigung fernhalten.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Krafsdroschkenführer.

Am Dienstag fand eine stark besuchte Versammlung der streikenden Krafsdroschkenführer statt. Die Streikleitung berichtete, daß das Gewerbegericht, nachdem die Unternehmer versuchten, den gefällten Schiedsspruch als nichtig zu bezeichnen, folgendes Schreiben an den Unternehmerverein gerichtet hat:

„Der von dem Einigungsamte am 28. April zwischen den Parteien geschlossene Vergleich enthält unter 11 folgende Verpflichtung: Parteien erklären schon heute, daß sie einem eventuellen Schiedsspruch des Einigungsamtes, welcher den Tarifvertrag schließt bzw. über einzelne streitig gebliebene Punkte entscheidet, sich unterwerfen derart, daß er für beide Parteien unbedingt bindend sein soll. Im Hinblick hierauf erachte ich die Angelegenheit für erledigt.“

Der Vorsitzende des Einigungsamtes, In Vertretung: geg.: Dr. Verhöltd.

Als die Unternehmer sahen, daß sie mit demartigen Maßnahmen nicht durchkommen, und die Antwort des Gewerbegerichts eine Erinnerung an die moralische Pflicht bedeutete, ließen sie Treu und Glauben fahren und erklärten den Streik.

Alle erdenklichen Mittel werden nun von den Unternehmern angewandt, jedenfalls um die öffentliche Meinung irre zu führen. So wurde versucht, durch Säulenansatz Arbeitswillige heranzuziehen, mit dem Versprechen, daß ein Chauffeur 50—60 M. Wochen-

verdienst hat, trotzdem die Unternehmer wissen, daß Einkommen von 1200 M. pro Jahr nicht zu den Seltenheiten gehören.

Alle Bemühungen hatten jedoch bis jetzt keinen Erfolg. Den vom Schiedsgericht anerkannten Tarif haben bis jetzt 317 Unternehmer unterzeichnet, darunter ein großer Teil der dem Verein der Krafsdroschkenführer angehörenden Mitglieder. Weiter wurde der Tarif mit dem Neutölner Einkaufsverein (Bureau Planufer 51) abgeschlossen.

In der Diskussion wurden verschiedene Fälle angeführt, wo Unternehmer, sowie deren Söhne, ohne im Besitz des Führerscheins zu sein, ihre Tätigkeit als Krafsdroschkenführer ausübten. Auch wurde betont, daß eine große Zahl der Besitzer den § 85 der Droschkenordnung, der besagt, daß der Chauffeur nur 12 Stunden im Dienst sein soll, nicht inne hält. Dieser Paragraph ist zur Sicherheit des Publikums und nicht zum Vorteil der Unternehmer geschaffen. Gegen diese unlauteren Maßnahmen wird die Behörde einschreiten müssen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, wonach der aufgedrungene Kampf von Seiten der Chauffeure mit aller Energie und Geschlossenheit zu Ende geführt werden soll.

Achtung, Holzarbeiter! In der „Berliner Volkszeitung“ wurden in den letzten Tagen wiederholt Klaviaturmacher nach außerhalb bei hohem Lohn verlangt. Wir machen darauf aufmerksam, daß es sich bei diesen Arbeitsangeboten um die Werbung von Arbeitswilligen für die Klaviaturfabrik von W. G. S. S. in Warmen handelt. In diesem Betrieb befinden sich sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen seit dem 8. Juni im Streik, weil die Firma enorme Abzüge machte. Wir bitten deshalb alle Holzarbeiter, Arbeitsangebote nach diesem Betrieb entschieden zurückzuweisen.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gummiarbeiter! In hiesigen Tageszeitungen werden Gummiarbeiter gesucht; dieselben sollen sich in Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. — im Restaurant, melden. Den sich Meldenden wird gesagt, es handle sich um eine Fabrik in Finsterwalde, welche beabsichtigt ihren Betrieb zu vergrößern. Es handelt sich um die Gummiabrik Wieland, in welcher Differenzen bestehen, welche eventuell zur Arbeitseinstellung führen können. Die Angeworbenen sollen Hausreichdienste leisten.

Wir erfordern, alle Arbeitsangebote für die Gummiabrik Finsterwalde abzulehnen und freundschaftliche Solidarität zu üben.

Verband der Fabrikarbeiter, Gau Brandenburg.

Deutsches Reich.

Der Erpressungsparagraph gegen Gewerkschaftler.

Die Arbeiter einer Hamburger Fabrik für Oele und Pflanzenöle traten wegen Lohnforderungen in den Streik. Einige Tage später landete der Geschäftsführer der Hamburger Mitgliedschaft des Fabrikarbeiterverbandes ein Schreiben an die Firma, worin er anfragte, ob sie zur Beilegung der Differenzen bereit sei. Gleichzeitig wurde in dem Schreiben mitgeteilt, daß beim Gewerkschaftskartell der Boykott über die Waren der Firma beantragt sei und daß er durchgeführt werde, wenn die Firma den geforderten Tarif nicht bewilligt.

Die Firma beantwortete den Brief nicht, aber sie machte den Staatsanwalt mobil, der denn auch mit einer Anklage wegen Erpressung gegen den Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes vorgeht. — Das Landgericht sprach den Angeklagten frei. — Der Staatsanwalt legte Revision ein mit dem Erfolg, daß die Sache nochmals am Landgericht verhandelt wurde. Doch auch jetzt — es war am letzten Montag — erfolgte ein freisprechendes Urteil, weil das Gericht nicht zu der Annahme kommen konnte, daß der Angeklagte die Firma mit dem Boykott gedroht habe.

Leider bleiben derartige Anklagen gegen Gewerkschaftler nicht immer erfolglos, wie es von Rechts wegen eigentlich der Fall sein müßte, denn der Erpressungsparagraph ist, allem gefundenen Rechtsgefühl zum Trost, immer noch eine mit Vorliebe angewandte Waffe im Kampfe gegen die für ihre Befreiung ringenden Arbeiter.

Der Wasserstreik in Koblenz beendet.

Nach achtwöchiger Dauer ist der Streik zu Ende geführt. Es gelang zwar nicht einen vollen Erfolg zu erzielen, aber immerhin

wurde ein ganz bedeutender Teilerfolg errungen, indem mit 85 Unternehmern und 150 Gehilfen Sonderverträge abgeschlossen wurden. Der Widerstand der organisierten Unternehmer konnte deshalb nicht ganz gebrochen werden, weil die Konjunktur nach Pfingsten im Holzgewerbe, besonders im Rheinland, erheblich zurückgegangen ist.

Bei dem Kampf handelte es sich weniger um die Höhe des Lohnes als um die Abschließung eines Tarifs, den die Unternehmer strikte ablehnten.

Die Christen und die Gelben.

Weil der Kampfsche „Werkverein“ eine falsche Nachricht gebracht hatte, daß ein Vikar in Offen im Reichstahl einen jungen Arbeiter vor dem gelben Werkverein gewarnt habe, protestierten die katholischen Arbeiter in einer großen Versammlung dagegen. Trotz temperamentvoller Diskussion, an der die Sekretäre der Gelben sich beteiligten, brachte die Versammlung doch nicht den Mut auf, entschiedene Stellung gegen die Gelben zu nehmen; eine einstimmig angenommene Entschließung wünscht und erwartet, daß von der Gegenseite ein Weg zu einer lokalen Verständigung im Interesse des Friedens gefunden werde. Die katholischen Arbeiter beanspruchten „das volle Recht und die volle Freiheit, mit wirtschaftlichen und sozialen Gründen das System der Werkvereine zu kritisieren und ihre Mitglieder in althergebrachter Weise auf die christliche Gewerkschaftsbewegung hinzuweisen.“

Also eine freundschaftliche Annäherung der Schwarzen an die Gelben, ein Verhältnis, bei dem eine wohlwollende Kritik allenfalls gestattet sein soll.

Löhne städtischer Arbeiter. Bei Beratung und Bestimmung des Haushaltungsbudgets der Stadt Mainz wiesen unsere Genossen auf die Entlohnung und Arbeitszeit der städtischen Arbeiter hin. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 78 Stunden. Von 200 Arbeitern erhielten 30 Arbeiter nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn und das seien Arbeiter, die fast 8, 10 und 30 Jahre im Dienste der Stadt ständen. Solche Jammerlöhne müßten verschwinden. Die Stadtverwaltung wird veranlaßt werden, hier Remedur zu schaffen.

Ausland.

Der Bauarbeiterkampf in London.

London, 23. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die angespannten Londoner Bauarbeiter haben zum dritten Male mit großer Mehrheit die Friedensbedingungen abgelehnt, die ihnen von ihren Führern nach Verhandlungen mit den Unternehmern zur Annahme empfohlen wurden. Der Reichsverband der Bauunternehmer beschloß heute nach vierstündiger Sitzung, über die Aussperrung aller Bauarbeiter im Lande gemäß einer schon am 11. Mai gefaßten Resolution abstimmen zu lassen. Obwohl die Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern noch nicht abgebrochen sind, ist mit einer allgemeinen Aussperrung zu rechnen.

Streikbewegung in Petersburg. Sämtliche dreitausend Arbeiter der Putzloswerk sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Zum Zeichen des Protestes gegen die Beurteilung der 26 Petersburger Arbeiter im Zusammenhang mit dem Weillsprozeß sind über 5000 Arbeiter vieler Werkstätten und Fabriken in den Ausstand getreten.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Agrarische Wirtschaftspolitik.

Gaben Ende der 70er Jahre Rußland und Frankreich die wirtschaftspolitische Reaktion begonnen, so gebietet heute Deutschland das Verdienst, die neueste Epoche des agrarischen Hochschlages eingeleitet zu haben. Die Tarifnovelle von 1903 war der Sündenfall, auf den die Flut von agrarischen und industriellen Bölen in den fremden Ländern folgen mußte. Selbst das Unwahrscheinliche ist Wirklichkeit geworden: Rußland hat mit der Einführung von Ge-

Kleines Feuilleton.

Die Purgationnotwehr der Liberalen. Durch die bürgerliche Presse lief kürzlich ein Urteil, das in der „Neuen Bayerischen Gerichtszeitung“ veröffentlicht worden war. In dem Fall, um den es sich handelte, war der Angeklagte freigesprochen worden, weil das Gericht „Purgationnotwehr“ angenommen hatte und diese sonderbare Umwandlung der berühmten „Puratationnotwehr“ wurde nicht ohne Grund mit allerlei munteren Glossen begleitet. Wir verstehen den Scherz der Sache durchaus zu würdigen. Der bittere Ernst liegt aber darin, daß die Purgationnotwehr so wenig ein sinnloser Druckfehler ist, daß sie vielmehr die vornehmste politische Waffe des modernen Bürgertums darstellt.

Wenn die Sozialdemokraten im Reichstag sich weigern, auf den allergnädigsten Landesherren ein Hoch auszubringen, sintermalen besagter allergnädigster Landesherren auch auf sie nicht zu hohen pflügt — dann befällt den liberalen Philister ein heftiger Schrecken, denn er sich nur durch eine Purgationnotwehr seines Körpers zu entziehen vermag. Als in der J. B. B. A. die die Militärischen das Volk in skandalöser Weise anhauchten, wurde bei den Liberalen nicht etwa der Mut in der Brust, sondern die Purgationnotwehr in einem andern Körperpartei entziffelt. So immer man vom Bürgertum in seinem eigenen Interesse einen klaren Klang erwarten dürfte, wird man von dem elenden Geruch der Purgationnotwehr begrüßt. In der Politik wird vor dem Junfer gefürcht und in Kultur, Leben weiß man der immer frecher werdenden kapitalistischen Korruption auch nicht viel anderes entgegenzusetzen, als den bange Senzler im stillen Zimmer und die Purgationnotwehr im Augenblick der gefährlichen Schlacht.

Roch einmal: Wir verstehen den Scherz der Sache; die bürgerlichen Journalisten aber scheinen den traurigen Ernst in keiner Weise begriffen zu haben.

Bekämpfung. Der Steg schwingt sich über die Spree. Daß man auf ihn gelange, ist der Weg aufgeschüttet. Reden der Aufschüttung kann man gradeaus an das Ufer der Spree gelangen. Ein Mann stand da am Wasser, nicht unmittelbar nah, sondern etwas ab im Schatten eines Baumes, der seine Zweige über einen Bretterzaun hängte. Er blinzte sehr von der Seite nach dem Wasser. Den Hut hatte er tief in das Gesicht gezogen. Aber man erkannte, daß er noch nicht alt war, vielleicht Anfangs der zwanziger Jahre. Ich ging über den Steg und sah den Mann. Er blinzte nach seinem der Patienten, die an ihm vorübergingen; er schaute fast starr auf die dunkel vorüberfließende Spree. Ich ging vorüber. Mir fuhr ein Gedanke durch den Kopf. Aber ich ging vorüber. Nach einer Stunde kehrte ich zurück. Der Mann stand in derselben Haltung, auf demselben Fleck noch immer da, den Blick seitwärts auf das Wasser gerichtet. Mir fuhr der Gedanke, wie vorhin, durch den Kopf. Aber ich ging wieder vorüber. Auf der Brücke begegneten mir ein paar Arbeiter. Sie hatten den Mann bereits bemerkt und machten sich ebenfalls ihre Gedanken, denn der eine von beiden sagte zu mir im Vorbeigehen: „Der scheint nichts Gutes im Sinn zu haben.“ Ich antwortete: „Ja, das scheint so. Genau so ist er schon vor einer Stunde dagestanden.“ Der andere Arbeiter dachte einen Augenblick nach, dann meinte er: „Na, dann werde ich gleich nach dem Abendessen noch mal runterschauen.“ Sie gingen ihres Weges, ich ging den meinigen.

Ich kam nach Hause. Aber es ließ mir keine Ruhe daheim. Es zog mich wieder nach dem Steg. Es dämmerte bereits. Ueber der Spree stand im Dunkel noch immer der Mann. Es schien mir, daß er einen Schritt näher zum Wasser hin getreten habe. Nun war es mir Bewußtheit. Ich beschloß, den Mann zu beobachten und ging auf der Brücke hin und her. Dabei kam mir eine Arbeiterin entgegen. Sie konnte mich „Was machen denn Sie hier?“ fragte das junge Mädchen. Ich erzählte ihr meine Beobachtung und meine Besorgnis. Sie ließ mich nicht austreden. „Aber bei der Arbeitslosigkeit jetzt — nee, das ist schon so. Aber wenn er in die Spree is, dann is et zu spät!“ rief sie und rannte dabei weg. Ich lief ihr nach. Aber sie war schon bei dem Ranne und rebete heftig auf ihn ein, während sie ihn beim Arme festhielt. Der Mann machte ein schew-verlegenes Gesicht. Er versuchte zu lächeln und stotterte etwas Unzusammenhängendes hervor. Aber seine Augen sagten alles, diese Augen, die schreckhaft aus dem wackelbleichen Gesicht ins Leere starrten. Ich wollte nun auch das meine zu dem Ranne sagen. Aber das Mädchen sprudelte heraus, während sie ihre Handtaste aufmachte: „Der sin nur 60 Pfennig, wat is habe. Aber der langt hier bis morgen. Und morgen is och noch'n Tag. Nee, die Hoffnung derf man nich verlieren, wenn er och hart is. Ich wech och, wat et beehet, arbeitslos zu sin; is wech et.“ Sie gab dem Ranne etwas in die Hand. Sein Auge gemann Leben und ein feandter Schimmer füllte es. Er zog seinen Hut und marmelte einen Dank. Ich gab ihm auch eine Kleinigkeit. Dann ging der Mann seines Weges — vom Wasser weg.

Wie ein Schulbube stand ich vor dem jungen Mädchen, das mir eine so treffliche Lehre gegeben hatte. Aber die Arbeiterin merkte meine Besorgnis gar nicht. Sie sah dem Ranne nach. Endlich drehte sie sich nach mir um und sagte: „Dafür wolkst is mir morgen eegentlich ne neue Wochentarte loosen. Aber so is et besser anseiwend.“ Ich wollte ihr das Geld geben. Aber sie wehrte sich: „Nee, nee, da jeh is bis Sonnabend die eene Stunde durch die Heide — und Sonnabends jibt's weien Draht!“ Sie gab mir lächelnd die Hand und ging davon. Ich sah ihr lange nach. Ihr Gang hatte etwas Sicheres und Bestimmtes. Mar hob sich ihre Silhouette von der Dämmerung ab. Wie die Verkörperung der Tat, die handelt rasch und entschlossen, und dadurch rettet, erschien sie mir. Beschwäm ging ich nach Hause.

Die liebe Titulatur. Der von Hans v. Weber in München herausgegebene „Zwiefelstich“, der in jedem seiner Hefte ein Wahl von pilanten literarischen Gaben bietet, veröffentlicht in seiner nächsten Nummer einen bald anderthalb hundert Jahre alten, bisher noch nicht veröffentlichten Brief des Dichters G. A. Bürger, in dem dieser sich über die Titulatur der Deutschen folgendermaßen äußert:

„Nun von der lieben Titulatur! Keinem Menschen kann die deutsche Titulatur schwerfälliger und abgeschmackter vorkommen, als mir. Welche liebenswürdige Simplicität herrscht dagegen bei unseren Nachbarn, den Franzosen und Engländern. Die Titulatur gehört zu unserer eigenkühnen und originellen Karrheit. Wir kettern darin täglich von einer Stufe zur andern, alles bis auf den Thorschreiber klettert mit; und endlich wird der Thorschreiber so gut als Thorschreiber heiß, als der Kaiser. Denn neulich gab der Einwohner Schmidt einen Brief an den Thorschreiber Busch in Wöttingen meinem Postboten mit, worauf es heißt: Er. d. Herr Thorschreiber Busch Hochedelgebohren, O tempora! O mores!“

Ich schrieb deswegen bisher, wie an andere Nachbarn, also auch an Sie, unter dem Titel Wohlgebohren, weil ich glaubte, dem Herrn möchte sonst eine Perle in der Krone ausgestoßen werden; und weil ich für besser hielt, lieber zu viel als zu wenig zu geben. Es hat mich indessen nie verdrossen, wenn mich dagegen einer nur Hochedelgebohren nannte. Denn ich bescheide mich gern, daß es genua und überflüssig genug ist, und daß ein älterer und mehr erfahrener Amtsbruder auch nur morituous einen Pfloß höher stehen kann. Doch genug hierbon! Wir wollen uns künftig also nur Hochedelgebohrne Herren nennen. Democh versichere ich also Ew. Hochedelgebohren, daß ich Sie nie wieder für ein Wohlgebohrnes Geschöpf erklären wil und bitte für die bereits angehtanen Injurien de- und wechmüßigt um Vergebung.“

Dieser Brief hat also trotz seines ansehnlichen Alters für die Kultur der deutschen Gesellschaft immer noch seinen gut lebendigen Wert.

Notizen.

— Theaterchronik. Das Deutsche Künstler-Theater eröffnet am 10. September seine zweite Spielzeit mit „Antonia und Kleopatra“ von Shakespeare mit Tilla Durieux als Kleopatra und Wegener als Antonius. Als zweite Vorstellung geht „Der Vater“ von Strindberg mit Tilla Durieux, Adele Sandrod und Wegener in Szene. Auf der Liste der zur Aufführung angenommenen Werke stehen sechs Dramen von Strindberg, darunter „Die Nachtigall von Wittenberg“, „Totentanz“, erster und zweiter Teil, und sämtliche historische Dramen außer „Königin Christine“.

— Der Mirakel-Protestant Dr. Dinter wurde vom Verband Deutscher Bühnenschriftsteller abgetan. Die Leitung der Vertriebsstelle des Verbandes wurde ihm kündigungsweise aufgefagt und er schied aus dem Vorstande aus. Er hat sich mit seinem Protestruf in Theaterzirkus gegen die Sakralien des Geschäfts verständigt. Das wil geochen und vergolten sein.

— Eröffnung der Frankfurter Universität. Der frühere Oberbürgermeister Adides teilt der Öffentlichkeit mit, daß der Kaiser die Errichtung der Frankfurter Universität genehmigt hat und daß diese mit dem Winterhalbjahr 1914/15 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Universität wird aus eigenen Mitteln, also ohne Zuschuß des Staates errichtet. An diese Tatsache knüpft der kaiserliche Erlaß an, und dann heißt es im Tone langst vergangener Zeiten weiter: „Da auch im übrigen die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß im Winterhalbjahr 1914/15 mit dem Unterricht begonnen werden kann, wil ich nunmehr die Universität zu Frankfurt a. M. hierdurch in Gnaden erlassen und genehmigen, daß sie in den Gemuß der ihr zugewandten Rechte eintritt.“

— Verlegung des Nobelaltages? Das Nobelpreiskomitee möchte den Tag der Preisverteilung aus dem Winter in den Sommer verlegen, denn die Preisgekrönten, leider meist wohlbetagte Herrschaften, können die Zeremoniefahrt gen Norden, und man möchte doch gar zu gerne für Nobels Geld was zum Ausstellen in der schwedischen Hauptstadt haben.

Da sollte man aber doch einfach möglichst viel jugendliche Forscher, Künstler und Dichter mit dem Preise bedenken. Das wäre auch sachlich sehr gerechtfertigt.

kreidestellen auf den Zolltarif von 1902 genehmigt. Russland, das auf den Getreideexport angewiesen ist, das nur etwa 3 Proz. seiner Getreidelausfuhr zurück einführt, umgibt sich mit Zollmauern! Die erste Nachricht darüber kam von jelsam, doch man geneigt war, den Versicherungen der russischen Regierung und der russischen Agrarier glauben zu schenken, daß es sich zunächst bloß um ein Preffionsmittel gegen das deutsche Exportprämienwesen handele. Immer mehr wird es aber klar, daß es sich tatsächlich um eine reine Schutzzöllnerische Maßnahme handelt. Die russischen Schutzzöllner sind mit dem jetzigen Handelsvertrag mit Deutschland unzufrieden und benutzen die Getreidezölle als Sturmbaum im Kampf gegen Deutschland. Die russischen Industriellen hoffen, dadurch sich den Weg zu neuen Zollerhöhungen frei gemacht zu haben. Sie haben aber gewartet, die sie nicht mehr werden beherrschen können...

Die russischen Agrarier sind mit dem Handelsvertrag von 1906 höchst unzufrieden. Sie behaupten, daß die deutschen Zollerhöhungen ihnen nicht nur die Einfuhr nach Deutschland erschwert, sondern selbst den Markt in neutralen Ländern freilich gemacht haben. Es hat deshalb seit einiger Zeit unter ihnen eine lebhaftere Bewegung zugunsten einer Tarifrevision eingesetzt. Natürlich könnte sie nur in der Richtung vor sich gehen, daß Russland seine Industrie- und Handelszölle seine Agrarzölle und zum Teil auch die Zölle auf russische Rohstoffe herabsenken sollen. Um dieser tarifreformistischen Agitation den Boden abzugraben, haben die russischen Industriellen die Einführung von Getreidezöllen vorgeschlagen. Es soll nämlich auch in Russland ein gemeinsames Interesse die Agrarier mit den Schwerindustriellen verbinden. Da aber zunächst die zentralrussischen Landwirte an Getreidezöllen kein Interesse haben, so sind die russischen Mäuler vorgeschoben worden, denen die westrussischen Mäuler, die mit billigem deutschem Getreide arbeiten, Konkurrenz machen. Die Getreidezölle sind daher zunächst nur als ein Kampfmittel gegen die deutschen Exportprämien verteidigt worden. Ihr eigentlicher Sinn ist aber von vornherein der gewesen, den Weg für neue und erhöhte Industriezölle frei zu machen.

Nun hat sich aber der russische Adel der Sache angenommen, und man darf wohl voraussetzen, daß er auf seine Rechnung besser kommen werde als die jetzigen Treiber des Agrarismus. Wie es in Deutschland einst der Fall war, daß man zunächst den Agrariern bloß ein Vinsengericht gegeben hat, aus dem dann allmählich die fette Suppe geworden ist, so daß heute die Industriellen in Deutschland tatsächlich als die Götter dastehen, so werden sich die Verhältnisse auch in Russland entwickeln. Zwar werden die Getreidezölle auf die inneren Preise vorläufig keinen Einfluß ausüben. Aber auf Wunsch des Adels baut die Regierung in beschleunigtem Tempo Getreidespeicher, auf die gestützt die russischen Agrarier eine Zuckerpolitik nach dem Muster ihrer deutschen Kollegen treiben werden. Die Getreidezölle sind nur ein Glied in der Kette der zahlreichen Maßnahmen der russischen Regierung zugunsten des Adels. Die Genarrien werden nicht die russischen Agrarier, sondern die Industriellen, und die Leidtragenden das Volk, die Bauern und die Arbeiter sein.

Selbst in der deutschen demokratischen, nicht allein in der reaktionär-agrarischen Presse konnte man in der letzten Zeit lesen, daß Russland eine bauernfreundliche Politik treibe. Die russische Regierung ein Bauernfreund! Dabei steht es fest, daß sämtliche Maßnahmen der Regierung vom „Rate des vereinigten Adels“ vorgeschrieben werden. Selbst die Stolypinsche Agrarreform ist, wie kein geringerer als der berühmte Soziologe R. Kowalewski, auf Grund der Proklamation des Adelskongresses festgelegt hat, in allen Details vom Adel ausgearbeitet und der Regierung zur Durchführung vorgelegt worden. Der Erbfeind der russischen Bauern, der Adel, wird nun in der deutschen „demokratischen“ Presse als Bauernfreund gelobt! Oder die „Bauernbank“, die den Adel in den Jahren 1905 bis 1907 vor dem sicheren Bankrott gerettet hat und die dem Adel noch jetzt ungeheuerliche Preise zahlt, wird als eine nachahmungswürdige Institution empfohlen. Es ist natürlich hier nicht der Bloß, die agrarpolitischen Maßnahmen der russischen Regierung zu analysieren. Es sei bemerkt, daß man schon ganz verblendet sein muß, wenn man nicht nur den Untersuchungen der russischen Genossen, sondern auch solchen von russischen Bauernfreunden, wie die „Volkstimme“ sind, weniger Glauben schenkt, als denen der reaktionären agrarischen Schriftsteller, die eine Lustreise durch Russland gemacht haben und denen man Potemkinsche Dörfer gezeigt hat. Unsere Leser dürfen wir wohl auf die interessante und mit guter Sachkenntnis geschriebene Untersuchung O g a n o w s k i s in dem Sowjetskischen Archiv vom vorigen Jahre verweisen, der als russischer Bauernfreund und den wirklichen Wert der Stolypinschen Reform doch richtig zu schätzen versteht, als die Agrarier um den Prof. S e r i n g. Das aber nur nebenbei. — Woran es und ankommt, ist festzustellen, daß auch mit den Agrarzöllen dieselbe Politik wie mit der Stolypinschen „Reform“ verfolgt wird, nämlich die Stärkung des Adelsbewusstseins. Deshalb haben auf die bäuerlichen Abgeordneten der Duma dagegen gestimmt, von den Sozialdemokraten ganz abgesehen.

Es ist leicht einzusehen, daß die russischen Bauern aus Getreidezöllen keinen Nutzen ziehen können. Wird ihr Wert selbst für die intensiven und für den Markt wirtschaftenden deutschen Bauern mit vollem Recht bestritten, so gilt dies um so mehr für Russland, wo die große Masse der Bauern nicht einmal imstande ist, aus dem Besitz ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Ein russischer agrarischer Schriftsteller, auf den sich Oganowski in dem erwähnten Artikel bezieht, P u r t s u d a s c h e w, hat festgestellt, daß eine Bauernwirtschaft mit 6 Dessjätinen (6,36 Hektar) mit Verlust arbeitet; erst ein Besitz von 8–10 Dessjätinen kann unter Umständen einigermaßen eine Bauernfamilie ernähren. Einen Vorteil aus hohen Getreidepreisen dürfen also bloß Bauernwirtschaften mit über 10 Dessjätinen Land ziehen. Man bedenke, daß die Ernteeträge in Russland nicht mal die Hälfte der deutschen ausmachen, und daß dort Wald und Wiese einen viel größeren Umfang annehmen. Zwar macht sich ein Fortschritt nach der Richtung der Intensivierung des Betriebes bemerkbar, aber nur in den größeren Besitzklassen. Außerdem kann dieser naturgemäß nur sehr langsam, erst in Jahrzehnten zu bedeutenden Resultaten führen. Unter den günstigsten Voraussetzungen also könnten nur Wirtschaften, die mehr als 10 Dessjätinen Land besitzen, irgendwelchen Nutzen aus Agrarzöllen ziehen. In Kleinrußland machen diese Bauernwirtschaften 12 Proz., im südwestlichen Gebiet 10 Proz., im zentralrussischen Gebiet etwa 20 Proz., und im Durchschnitt von ganz Russland 33 Proz. aller Wirtschaften aus. Hohe Getreidepreise können folglich auch in Russland nur einem winzigen Teil der Bauernschaft zugute kommen. Auf der anderen Seite stehen aber die alle mit hohen Getreidepreisen verbundenen Schäden, wie die unvermeidliche Bodenpreissteigerung und die Erhöhung aller Warenpreise, unter denen auch die Bauernwirtschaft stark leiden muß. Um so weniger können sie von hohen Zöllen etwas erwarten. Denn dem Großgrundbesitzer wird es, auf den staatlichen Bankrott gestützt, wohl unter Umständen möglich sein, eine Spekulation à la Hausse mit seinem Getreide zu treiben, die Zeit abzuwarten, wenn der russische Markt von einheimischem Getreide entblößt sein und ihnen das Getreide zu hohen Preisen abnehmen wird. Der russische Bauer kann aber unter dem Druck der ungeheuerlichen Steuerlast

und der hohen Bodenpreise und Hypotheken sein Getreide nicht in seine Scheune einholen, sondern ist gezwungen, es lange noch, bevor es reif ist, an den Händler zu verkaufen. Nicht für ihn werden die Getreidespeicher gebaut, noch die Zölle eingeführt. Dem völlig bankrotten Adel sollen neue Millionen Steuergelder geschenkt werden, ihm soll die Massenauflösung erleichtert werden. Das ist der Sinn der Getreidezölle.

Wie wird sich nun der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Russland unter dem Einfluß der russischen Getreidezölle gestalten? Schon jetzt wird gemeldet, daß eine Reihe von Mühlen an der westlichen Grenze Russlands, die billiges deutsches Getreide vermahlen haben, ihren Betrieb einstellen. Der Weg nach Russland ist für den ostdeutschen Roggen tatsächlich gesperrt. Deutschland hat an Roggen nach Russland und Finnland ausgeführt: 1906/1910: 134 000 Tonnen, 1911: 175 000, 1912: 135 000 und 1913: 231 000 Tonnen. Es ist ungefähr ein Viertel der gesamten deutschen Roggenausfuhr. Der übrige Teil geht hauptsächlich nach Dänemark, Holland, Norwegen usw. Diese vier Länder haben 1910: 4,35 Millionen Tonnen Roggen eingeführt. Es ist also gar nicht ausgeschlossen, daß der deutsche Roggen dem russischen auf diesen Märkten jetzt um so mehr Konkurrenz machen werde. Die Folge wird aber dann wahrscheinlich sein, daß auch die russischen Agrarier Exportprämien fordern und erhalten werden. Die toten Zeiten des Wettbewerbs mit prämiertem Zucker werden jetzt auf dem Getreidemarkt wiederkehren, indem die nördlichen Länder ihr Vieh mit deutschem und russischem Roggen füttern werden, der dem einheimischen Voller vorzuziehen wird.

Der allgemeine Getreidehandel zwischen Russland und Deutschland stellt sich nach den russischen offiziellen Prognosen wie folgt: Es wurde ausgeführt Getreide (Weizen, Roggen, Mais, Hafer, Gerste, Hirse, Buchweizen, Mehl usw., sowie Hülsenfrüchte) in Millionen Pud (zu 16,4 Kilogramm):

	Im ganzen	nach Deutschland	nach Holland
1896/1900	444.2	80.1	69.9
1901/1905	608.9	125.8	112.1
1906/1910	615.3	174.9	123.2
1911	824.1	200.9	162.9

Die Zufuhr, die „nach Holland“ angegeben wird, geht in Wirklichkeit ebenfalls nach Deutschland. Die gesamte Zufuhr hat sich fast verdoppelt, die nach Deutschland und Holland aber verdreifacht, so daß sie von 36 Proz. auf 48 Proz. in den Jahren 1906/10 und 55 Proz. der Gesamtaufuhr im Jahre 1911 gestiegen ist.

Die Einfuhr von Getreide (ohne Hülsenfrüchte) nach Russland ist relativ noch härter gestiegen: von 1,8 Millionen Pud in den Jahren 1906/1900 auf 15,8 und 21,5 Millionen Pud in den Jahren 1906/10 bzw. 1911, davon aus Deutschland 0,5 und 7,7 bzw. 7,06 Millionen Pud. Russland ist also in erster Linie auf Deutschland angewiesen, und es ist blauer Dunst, wenn die Herren Industriellen den russischen Agrariern einzureden versuchen, Russland könne leicht andere Märkte für sich finden. Zuerst nordamerikanische, jetzt argentinische Getreide hat das russische aus England und den anderen offenen Märkten verdrängt. Auch in Deutschland ist die Einfuhr von russischem Weizen relativ zurückgegangen: von 42,9 Prozent 1906/1900 auf 38 Proz. (1906/10) und auf gar bloß 24 Proz. im Jahre 1912, während sich der argentinische Weizen von 14,2 auf 27,8 Proz. und im Jahre 1912 auf 24 Proz. des gesamten eingeführten Weizens gehoben hat. Jede Erschwernung der russischen Einfuhr nach Deutschland kann daher den völligen Verlust des deutschen Marktes leicht zur Folge haben. Dagegen ist die Getreidezufuhr aus Deutschland nach Russland doch noch relativ gering: ein Zwanzigstel der Zufuhr nach Deutschland.

Es ist ferner zu beachten, daß Deutschland kaum in der Lage sein wird, seinen Roggenexport nach Russland in den nächsten Jahren in gleichem Maße wie in den vorhergehenden zu steigern. Der Ausdehnung des Roggenbaues sind gewisse Grenzen gesetzt. Man darf wohl auch annehmen, daß die Einfuhrzölle doch aufgehoben und folglich die Exportprämien weggelassen werden. Schon heute wird durch sie der einheimische Markt entblößt und sie rufen daher den weitgehendsten Widerstand hervor. Ferner machen verschiedene Länder gegen sie Einwände. Beim Abschluß von neuen Handelsverträgen wird man nicht mehr auf ihnen bestehen können. Andererseits wird Russland noch lange auf die Getreidezufuhr angewiesen sein. Nicht, daß Russland einen wirklichen Getreideüberschuss produziere; nein, das russische Volk hungert selbst und nicht genug aus. Die Getreidezufuhr ist auch keine wirtschaftliche Notwendigkeit, wie dies die russischen Imperialisten behaupten. Ohne sein Milliardenbudget könnte Russland eine gewaltige Industrie entwickeln und einen inneren Markt für das Getreide schaffen. Da aber die Rüftungsausgaben ungeheueren Summen verschlingen, und zur Aufnahme von immer neuen Schulden zwingen, so wird Russland noch lange auf den Getreideexport angewiesen sein, um seine Zinsen an das Ausland zahlen zu können. Ist es aber dann Aug, sich die ausländischen Märkte zu versperren?

Der vom Adel diktierte nationalstische und agrarische Kurs hat schon zur Kündigung des Handelsvertrages zwischen Russland und den Vereinigten Staaten geführt; jetzt werden die Handelsbeziehungen auch mit Deutschland erschwert. Wird wenigstens die russische Industrie davon Vorteil ziehen können? Reineswegs. Russland hat sehr hohe Industriezölle. In den neuen Handelsverträgen von 1906 wurden sie noch erhöht. Trotzdem kauft es in steigendem Maße Fabrikate im Ausland. Die Einfuhr dieser ist von 1902 bis 1912 um 150 Proz. gestiegen. Einfach aus dem Grunde, weil die russische Industrie schon aus Mangel an Kapital und an geschulten Arbeitern die Maschinen gar nicht selbst herstellen vermag, die sie selbst braucht. Wurde an Maschinen 1902 für 51,5 Millionen Rubel eingeführt, so stellte sich der Maschinenimport 1912 auf 146,2 Millionen Rubel, also auf fast das Dreifache. Selbst Rohstoffe und Halbfabrikate kann Russland nicht ausreißend produzieren. Zum Teil deshalb, weil die Produktion dieser Gegenstände spezialisiert ist, d. h. ausschließlich eingeschränkt wird, so daß die Regierung selbst vorzuschlagen mußte, Korken und Kaputte tollfrei einführen zu lassen.

Unter normalen Verhältnissen würde daher Russland einen sehr guten Markt für Deutschlands Industrie darstellen. Die Zufuhr nach Russland ist von 1906 bis 1913 von 480,2 auf 870,9 Millionen Mark gestiegen, hat sich also beinahe verdoppelt, während die Gesamtaufuhr von 6,4 auf 10,1 Milliarden oder bloß um rund 60 Proz. die Zufuhr nach Europa allein von 1,94 auf 7,88 Milliarden aber gar nur um 55 Proz. gestiegen ist. Die deutsche Industrie hat also großes Interesse an der Erhaltung des russischen Marktes, ebenso wie umgekehrt die russische Landwirtschaft auf den Markt angewiesen ist. In Deutschland wird aber die Handelspolitik von den Agrariern diktiert; und die russischen Agrarier wollen dem Beispiele ihrer deutschen Kollegen folgen. In der Duma wurde mit den gleichen Argumenten wie im Reichstage für Agrarzölle gesprochen: den Agrarzöllen habe angeblich Deutschland seine landwirtschaftliche Wäute zu verdanken; man müsse daher den gleichen Weg gehen. In Wirklichkeit steht bei und die Sache so, daß der Reiz und die Intelligenz der deutschen Arbeiter über die Hemmnisse gestiegen haben, die der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Agrarzölle gesetzt wurden. Was die Landwirtschaft selbst betrifft, so macht sich der Schaden dieser

Politik schon jetzt in den enorm gestiegenen Bodenpreisen und der starken Verschuldung bemerkbar. Man kann schon jetzt sicher sagen, daß die deutsche Landwirtschaft einer schweren Krise entgegensteht. In Russland werden die Agrarzölle und die Getreidespeicher, verbunden mit der „Nationalisierung des Kredits“, die Landwirte zu Getreidespekulationen im großen Maßstab verleiten, die naturgemäß nicht anders enden können wie alle Spekulationen bis jetzt geendigt haben, nämlich mit einem großen Crash. Die Erhöhung der Industriezölle wird andererseits die Macht der Kartelle noch festigen, die Entwicklung der Industrie aber nur hemmen und dem Handelsverkehr beider Länder im höchsten Maße schaden.

Aus der Partei.

Gegen den Polizeikurs.

In zahlreichen Protestversammlungen beschäftigte sich in den letzten Tagen die Arbeiterschaft Württembergs mit der immer stärker anwachsenden Bedrückung der Arbeiterschaft durch Polizei und Justiz. Die Versammlungen waren durchweg glänzend besucht und von einem frischen kampfesfreudigen Geiste befeelt. Die Stuttgarter Parteigenossen nahmen am Sonnabendabend in einer glänzend besuchten Versammlung Stellung zu dem auch in Württemberg immer mehr Eingang findenden reaktionären Polizeikurs. Nach einem Referat des Genossen Westmeier, der den Verammelten den ganzen Komplex reaktionärer Maßnahmen vor Augen führte, wurde unter lebhaftem Beifall die folgende Willensbekundung angenommen: Die heute im Dinkeladerschen Saalbau Versammelten erklären: Die Arbeiterschaft ist gewillt, mit den schärfsten Mitteln, wenn es sein muß, mit dem Massenstreik, ihr Recht zu verteidigen und die Angriffe der Reaktion abzuwehren. Sie begrüßt freudig den Beschluß der Berliner Parteigenossen, zur Erreichung neuer demokratischer Rechte und zur Abwehr der Reaktion den Massenstreik zu propagieren. Zur kraftvollen Durchführung des Kampfes ist notwendig der feste Zusammenschluß aller derjenigen, die unter dem Druck des ausbeuterischen Kapitalismus leiden, die Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, die gründlichste Aufklärung und die Erziehung der Arbeiterschaft zu Klassenbewußtsein kämpfen. Die Befreiung der Arbeit kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Sozialdemokratie und Kaiserthum.

In einer Parteiversammlung für Dresden-Alstadt legte Genosse Gradnauer seine Haltung in der Kaiserhoch-Angelegenheit dar. Er gehört zur Minderheit der Fraktion. In der lebhaften Debatte traten alle Redner Gradnauer entgegen. Allgemein wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Diskussion über das Kaiserhoch möglichst bald zu Ende gehe, da die Partei sich mit ihr näher liegenden Dingen besser beschäftigen könne. Mehrfach wurde ausgesprochen, daß die Fraktionsbeschlüsse auch eingehalten werden müßten und daß die Mehrheit der Genossen zweifellos auf der Seite der Mehrheit der Fraktion stehe. Eine Resolution, die das Eigenbleiben beim Kaiserhoch billigt, wurde, da die gestrigene Aussprache genügt, auf Wunsch der Versammlung zurückgezogen.

Aus den Organisationen.

Der am 21. Juni in Witten abgehaltenen Generalversammlung des Wahlkreises Bochum-Weisenkirchen wurde der Geschäftsbericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre um 778 zugenommen hat. Sie betrug 6598, darunter 1486 weibliche. Die geringe Zunahme wird darauf zurückgeführt, daß an die Stelle der nach dem Norden und Westen des Industriegebietes auswandernden einheimischen Arbeiter fast ausschließlich Zugewandene aus dem Osten trafen, denen der Organisationsgedanke meist vollständig fehlte. Im Geschäftsjahre wurden die Beiträge der männlichen Mitglieder von 10 Pf. wöchentlich auf 25 Pf. zweiwöchentlich erhöht und für die weiblichen Mitglieder unter Statistifizierung der „Gleichheit“ von 5 Pf. auf 15 Pf. Ein kleiner Prozentjahrgang ging durch die Erhöhung verloren. Die Rote Woche brachte 1091 Mitglieder und 934 Volksblattabonnenten.

Es wurden 43 öffentliche Volks- und 16 öffentliche Frauenversammlungen abgehalten. Flugblätter wurden 585 800, Broschüren 21 000, Frauenzeitungen 12 000, „Gleichheit“ 9000 und die Monatschrift „Wahrheit“ in 67 200 Exemplaren verbreitet. Es wurden 148 Mitgliederversammlungen und 144 Vorträge gehalten, außerdem beteiligten sich an 3 Kursen zu je 4 Abenden rund 400 Personen. Die Einnahmen betragen einschließlich 8400 M., Bestand 42 965 M., die Ausgaben 20 780 M., davon an den Parteivorstand 4529 M.) und an den Bezirk Westf. Westfalen 2667 M.), so daß ein Bestand von 12 565 M. verbleibt. Die Zahl der Gemeindevorsteher betrug an 15 Orten 27.

Ein Antrag: Die Generalversammlung wolle an den Parteitag den Antrag stellen, die Abonnentenversicherung in eigener Regie für die Parteipresse einzuführen, wurde nach eingehender Diskussion mit 38 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag:

Die Generalversammlung möge beschließen, an den Parteitag den Antrag zu stellen, in einen verschärften Wahlrechtskampf einzutreten und Mittel und Wege zu suchen, um einen möglichen politischen Massenstreik auch mit Erfolg durchzuführen, wurde gleichfalls abgelehnt.

Die Kreisversammlung für den 2. württ. Wahlkreis, die am 21. Juni in Cannstatt tagte, beschloß mit großer Mehrheit die Anstellung eines Kreissekretärs, der je zur Hälfte vom Kreis und vom Landesvorstand besetzt wird und bei der Erledigung der Geschäfte des Landesekretariats mitwirken soll, soweit ihm die Arbeit im 2. Kreis Zeit dazu läßt. Als Sekretär wurde der leitende Kreisvorsitzende Fischer-Cannstatt gewählt. Eine Resolution, die auf die verschärften politischen Kämpfe hinweist und den Berliner Beschluß betr. Propaganda des Massenstreiks begrüßt, wurde angenommen. Eine weitere Resolution, die das Eigenbleiben der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch billigt, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da man in dieser Frage dem Parteitag nicht vorzuziehen will. Beschlossen wurde, im ganzen Wahlkreis den Jechnspennig-Wochenbeitrag durchzuführen. Als neuer Kreisvorsitzender wurde Gröninger-Cannstatt gewählt. Zum Parteitag sollen vier Delegierte und zwar durch Urabstimmung gewählt werden.

Auf der Wahlkreis-Konferenz Darmstadt-Großgerau waren 35 Orte durch 47 Delegierte vertreten. Nach dem Bericht des Parteisekretärs Genossen Raab hat sich durch die letzten Gemeindevahlen die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher von 73 auf 88 erhöht, die sich auf 31 Orte verteilen. Die Zahl der Parteimitglieder beträgt 3847, gegen 3508 im Vorjahr. Davon sind 168 weibliche Mitglieder. Für die Jugendpflege hat ein im Vorjahr eingeführter Kreis-Jugendausflug wirksam mitgeholfen. Die Zahl der Abonnenten des „Volkensundes“ ist um rund 370 auf 7367 gestiegen. In der längeren Diskussion wurde von läublichen Genossen Kritik an der Redaktion geübt, insbesondere Mängel am Inhalt vorgetragen.

Die allgemeine politische Lage behandelte Reichstagsabgeordneter Dr. Duesel. Das „Kaiserhoch“ nahm dabei einen breiten Raum ein. Der Referent hebt starke Bedenken gegen die neue Politik des Eigenbleibens beim Kaiserhoch im Reichstage. Es war eine Konzeption an den Scheinrepublikanismus, der die

Parteiangelegenheiten.

Vorbereitung zum Massenstreik.

Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ folgende Notiz:
Auf den letzten Jahrlabenden der Berliner Sozialdemokraten...

Unter vorstehender Ueberschrift veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ folgende Notiz:
Auf den letzten Jahrlabenden der Berliner Sozialdemokraten...

Wieviel Mitglieder sind anwesend? ... Sind Sie für Fortführung des preussischen Wahlrechts... Wieviel stimmen dafür? ...

Wie aus dem Zirkular ersichtlich ist, handelt es sich um die Stellung der Ansicht der Genossen im dritten Kreise über die Vorbereitung des Massenstreiks.

Viertes Wahlkreis. Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die 32. Abteilung im Lokale von Frederisdorf, Frankfurter...

Fünftes Wahlkreis. 1b Abteilung (Bahnhof Weiskensee). Morgen Donnerstag abends 8 Uhr bei Siebath, Gormen-Sylva-Str. 31:...

Sechstes Wahlkreis. Am Freitag, den 26. Juni, abends 8 3/4 Uhr findet im Stadttheater Koabit, Alt-Koabit 47, eine öffentliche...

Neuhaus. Die Versammlung der Jugendsektion findet heute abend bei Vortisch, Hermannstr. 49, statt. Auf der Tagesordnung...

Röbenid. Jugendsektion. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Herm. Gollnow, Rosenstr. 10, statt.

Berliner Nachrichten. Sonntagbilder.

Ich wohne draußen in einem Vorort. Der Wald — hochwälderreicher Eichen- und Kiefernwald, nur wenig durchsetzt mit...

Der ganze Strand der Spree wimmelt von Menschen. Badeanstalten sind da; aber sie fassen die zahllosen Männer, Frauen und Kinder nicht...

worden. Keine törichte Brüderie, keine lächerliche Zimperlichkeit kommt auf. Hinter einer vorgehaltenen...

Auf sein Fahrrad gestiegen, sieht ein Gendarm am Ufer. Er soll die staatliche und landrätliche Ordnung durchsetzen...

Ledigenheim in Berlin.

Das erste Ledigenheim soll am 1. Juli in der Baldenferstraße 31 eröffnet werden. Begründet worden ist es von dem Berliner Verein Ledigenheim.

Berliner Schweinezucht.

Von der am 2. Juni 1914 ausgeführten Schweinezählung wird für Berlin jetzt eine vorläufige Zusammenstellung des Ergebnisses bekannt.

Opfer der Hitze.

Der heißeste Tag in diesem Jahre war der Montag mit einer Temperatur von 28 Grad Celsius im Schatten.

brach Montagabend der Arbeiter Hermann J., vom Hitzschlag betroffen, leblos zusammen. Auch ein Todesfall ist durch die Hitze verursacht worden.

Zahlreiche Hitzschläge und auch viele Ohnmachtsanfälle sind in den Familienbädern am Müggelsee sowie am Wannsee vorgekommen.

Die Tragödie zweier stellungloser Mädchen.

Ein trauriges Schicksal wurde gestern abend durch den Selbstmordversuch zweier junger Mädchen an der Scharnhörtenbrücke enthüllt.

Die beiden Mädchen, von denen das eine 17, das andere 20 Jahre zählt, sind die Arbeiterinnen Margarete Kamin und Amanda Filz...

Dielettsfunde am Bahnhof Friedrichstraße.

Ein seltsamer Fund, der zu allerhand Gerüchten Veranlassung gab, ist am gestrigen Dienstagmorgen in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße gemacht worden.

Zum Morde an der Gerhardt.

Der Fund eines Frauenbeins, über den wir gestern berichteten, ist jetzt aufgeklärt.

Die verstümmelte Leiche der Frida Gerhardt wurde am 5. November mit einer abgebrochenen Messerlinge im Rücken an der Waisenbrücke in der Spree gefunden.

Vom Freibad Wannsee.

Ein Leser schreibt uns: Am letzten Sonntag war das im Westen gelegene Freibad Wannsee bereits am Vormittag um die erste Stunde überfüllt.

Die perische Gesundheitsbehörde schreibt uns: Unter dem Titel perische Gesundheitspflege ist eine Notiz in Ihrer Zeitung erschienen, in der der kaiserlichen perischen Gesundheitsbehörde folgendes nachgesagt wird.

wurde wegen Unregelmäßigkeiten entlassen, ihr aber das volle Gehalt und Kostgeld bis 1. Juni vorausbezahlt.

Die Inanspruchnahme der ambulanten Behandlung im Zinzen-Institut des Rudolf-Virchow-Krankenhauses von Lupuskranken hat sich von Jahr zu Jahr gesteigert.

Ein Mordversuch ereignete gestern Abend in der Linienstraße großes Aufsehen. In der Schankwirtschaft von Baumann, Linienstraße 201, gab der 22 Jahre alte Kellner Wilhelm Holz vier Revolverkugeln auf seine und zwei Jahre jüngere Frau ab.

Infolge von Fleischvergiftung sind nach den bisherigen Feststellungen zwölf Personen, Bewohner der Steglitzer Straße und angrenzender Straßen, mehr oder weniger heftig erkrankt.

Gasschulden-Eintreibung.

Unsere Mitteilung (in Nr. 169) über einen bei den Gaswerken der Stadt Berlin vorgekommenen sehr sonderbaren Fall von Gasschulden-Eintreibung, die gegenüber einem gar nicht zahlungspflichtigen versucht wurde...

Für die verlängerte Linie: Mittelstraße—Nieder-Schönhausen—Rosenthal beträgt der Fahrpreis einer ununterbrochenen Fahrt zwischen Rosenthal—Mittelstraße 15 Pf., zwischen Rosenthal—Vahstraße 10 Pf.

Beim Baden ertranken ist Montag der 29jährige Arbeiter J. aus Köpenick. J. badete in der Nähe von Reptunshain vor den Augen mehrerer Arbeitskollegen.

Bermittelt wird seit dem 16. April 1914 die dreizehnjährige Schülerin Elise Schumacher. Dieselbe verließ am genannten Tage wie gewöhnlich die Wohnung, um zur Schule zu gehen.

Seine Nachrichten. Erschossen aufgefunden wurde in einem Hotel in der Dorotheenstrasse der 46 Jahre alte Versicherungsinspektor O. Brodnow aus Düsseldorf.

Charlottenburg.

Selbstmord einer Geisteskranken. In einem Anfall von Todeslust stürzte sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr das Dienstmädchen Johanna Wieland, das bei dem Ingenieur Trinks in der Schillerstr. 8 in Stellung war, aus dem dritten Stockwerk auf die Straße hinab.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Zunächst wurde Bericht erstattet über die Klassenfrequenz der Volksschulen. Danach werden in der ersten Klasse 1476 Schüler, in der zweiten 1500, in der dritten 1602, in der vierten 1881 unterrichtet.

Die Vorlage des Gemeinschaftsbahnhofes am Rollendorferplatz wurde einem Ausschuss überwiesen, dem auch die Genossen Bäumer, Küter und Rollendobst angehören.

Neukölln.

Polizeiliches Verbot eines Krankenunterstützungsvereins. Der Berliner Polizeipräsident hat durch Verfügung vom 10. Juni d. J. den weiteren Geschäftsbetrieb des „Kranken- und Sterbunterstützungsvereins“ selbständiger Handels- und Gewerbetreibender...

Wilmerdorf.

Ein schwerer Autosunfall trug sich am Montag zu. Der 64jährige Erich Kaiser spielte vor dem elterlichen Hause in der Brandenburgischen Straße auf dem Fahrad und überließ dabei das Herannahen eines Automobils.

Reinickendorf-West.

Der Verein Arbeiterjugendheim hält am Donnerstag, den 25. d. M., in Hallmanns Lokal, Schornmeiderstraße, seine Generalversammlung ab.

Großbeeren (Kreis Teltow-Deetow).

Vom Blitz getötet wurde die Arbeiterfrau Krüger von hier. Die Getötete und auch Angehörige des Eigentümers Rafflitz waren am Montag nachmittag auf dem Felde beschäftigt und wurden von dem plötzlich einsetzenden schweren Gewitter, verbunden mit wolkenbruchartigem Regen, überrascht.

Karlshorst.

Längere Arbeitslosigkeit hat vor einigen Tagen den 50 Jahre alten Metallarbeiter H. aus der Köpenicker Straße zur Verzweiflung getrieben.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Ein Polizeiergeant als Schwindler. Aus der hiesigen Amtsverwaltung ist der Polizeiergeant Dörfel wegen verschiedener von ihm verübten Schwindelacten entlassen worden.

Kotowas.

Der am Sonnabend veranstaltete Lichtbildervortrag war von etwa 500 Personen besucht. Ein Ueberschuß von rund 48 M. wird dem Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Russlands überwiesen.

Wilhelmsruh-Rosenthal.

„Wahlacklänge“. Unter dieser Spitzmarke bringt der Anzeiger für Wilhelmsruh-Rosenthal in seiner Nummer vom 19. Juni folgende Notiz: Zu einer Schlägerei kam es am Montagabend im Lokal von Metzgerin Lindenallee 30.

Und die bürgerlichen Parteien werden daraus die Lehre ziehen, daß die nächsten Gemeindevorsteherwahl sich noch schärfer ins Auge legen.

Nach den uns gemachten Darstellungen des Vorganges ist der Verfasser der obigen Notiz nur die Absicht gehabt zu haben, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen.

Aus aller Welt.

Um den Kopf eines Menschen.

Die Barbarei der Todesstrafe zeigt sich recht kraß in dem Fall, der die Gerichte Düsseldorf nun schon seit dem dreiviertel Jahre beschäftigt und kürzlich, statt endlich abgeschlossen, erst wieder in ein neues Stadium getreten ist.

Absturz mit dem Flugzeug.

Der russische Leutnant Borislavsky, Schüler Petersburger Flugschule, der mit einem Passagier auf einem Harman-Doppeldecker aufgestiegen war, stürzte aus einer Höhe von 60 Metern ab.

Ein waschechter Hausagrarier.

Das Musterexemplar eines Hauspachas ist ein Hausbesitzer in Grünberg i. Schl., von dem unser Gölzinger Parteimitglied folgendes zu melden weiß: Bei einem Hauswirt und Rentner in der Bismarckstraße wohnte seit Jahren eine ältere Frau.

Kleine Notizen.

In den Flammen ungelommen. Bei einem Dachstuhlbrand in dem Steintiner Vorort Podesch wurde in der Nacht zum Dienstag der Kupferhändler Kapichewski von dem einflügeligen Dachstuhl erschlagen, als er, nachdem er aus dem Wiedelzimmer seine Kinder geborgen hatte, zurückkehrte und auch seine Sachen zu holen.

Deutscher Gewerkschaftskongress.

München, 23. Juni 1914.

2. Verhandlungstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Heber

das Arbeiterinnensekretariat

Bericht

Gertrud Hanna Berlin: Die Agitation unter den Arbeiterinnen gestaltet sich ungleich schwieriger als die unter den Arbeitern. Schuld daran trägt die Tatsache, daß die Tätigkeit der Frau als Erwerbsarbeiterin in einem Umfang, wie wir ihn bisher noch nicht kannten, eingeleitet hat. Dazu kommt, daß die Arbeiterin selbst trotz aller gegenteiligen Erfahrungen ihre Erwerbstätigkeit als eine vorübergehende betrachtet, die mit der Heirat ihre Ende erreicht. Und schließlich kommt hinzu die Stellung der Arbeiterin im Produktionsprozeß. Bei der Frau erfährt die Erwerbsarbeit durch die Heirat eine Unterbrechung, wenn sie nicht ganz aufgehoben wird; es dient aber der Agitation ungenügend, wenn die Arbeiterin als mitarbeitende Frau an den Sitzungen teilnimmt. Mit Rücksicht darauf hat das Sekretariat von vornherein sich bemüht, die Mitarbeit der Frau in der Agitation zu fördern durch Vermittlung von Aufklärungsmaterial. Wir hoffen, auf schriftlichem Wege das zu erreichen, was in Berlin durch die sogenannten Hebungsabende erreicht wird, nämlich die Arbeiterinnen aus ihrer Isolation herauszulocken und für allgemeine Arbeiterfragen zu interessieren. Das Material behandelt Arbeiterfrage und Arbeiterversicherung. Das war von jeder Aufgabe der Gewerkschaftssekretariate. Nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ist die Aufklärung der Frauen in diesen Fragen noch von größter Wichtigkeit als früher geworden. Die Frauen haben bei den letzten Krankenkassenwahlen sich als ein durchaus wichtiger Faktor erwiesen. Die bürgerlichen Stimmrechtsvereine haben Erhebliches geleistet, um die Arbeiterinnen über 21 Jahre zur Wahl zu bringen. Sie haben zum ersten Male auf die Hausfrauen eingewirkt, damit sie ihre Dienstmädchen zur Wahl schicken. Ja, die Hausfrauen haben häufig die Dienstmädchen begleitet und ihre Wahl beeinflusst. Die Aufstellung eigener Kandidaten aus den Reihen der Standesorganisation der Dienstmädchen hat eine erhebliche Zunahme erfahren. Hier liegt eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung vor, wenn es nicht gelingt, die Arbeiterinnen zu organisieren. In den Reihen der bürgerlichen Frauen zeigen sich Bestrebungen, die Arbeiterinnen zu Qualitätsarbeiterinnen zu machen, um so die Fluktuation zu beseitigen. Es ist ja richtig, daß die Frauen gegenwärtig fast ausnahmslos Hilfsarbeiterinnen sind. Der Arbeiter ist ihr Vorgesetzter als Vorgesetzter oder Einrichter. Es ist ja auch eine natürliche Erscheinung, daß die Arbeiterinnen fast gar nicht in gelehrten Berufen anzutreffen sind. Erst die Umwälzung der Technik hat die Frauen in das Erwerbsleben gerufen, und diese Technik hat die Berufe, in denen sie tätig ist, entweder neu geschaffen oder geändert. Ein Teil der handwerksmäßigen Berufe aber ist von der Technik nicht berührt worden und bezieht keine alte Arbeits- und Ausbeutungsmethode. Obwohl den bürgerlichen Frauen das bekannt sein sollte, suchen sie doch die Arbeiterinnen in ein mehrjähriges Lehrverhältnis zu pressen. 1909 hat sich ein Verband für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau gebildet. Er entwickelt eine energische Tätigkeit bei den Arbeitereltern, um sie zu veranlassen, die Mädchen in eine mehrjährige Lehre zu geben. Am 1. Oktober 1913 ist die Bestimmung der Novelle zur Gewerbeordnung von 1908 in Kraft getreten, daß eine Frau Lehrlinge im handwerksmäßigen Beruf nur ausbilden darf, wenn sie den Meisterstitel hat. Schon jetzt hat eine Anzahl Handwerkskammern die Bestimmung getroffen, daß in der Tuchmacherei, im Friiergewerbe, im Weißnähen und in der Weißbäckerei, also in den Betrieben, in denen man früher eine Lehre zum Teil gar nicht kannte, der Meisterstitel für die Frau erforderlich ist, wenn sie die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen haben soll. Nicht die fachgewerbliche Ausbildung für die jungen Mädchen, ist die Hauptsache, sondern die mehrjährige Lehrzeit. Wenn es sich um Berufe handelt, in denen eine mehrjährige Lehrzeit wirklich erforderlich ist, sind wir mit der gründlichen Ausbildung der Mädchen durchaus einverstanden, aber daß die Lehre für alle Berufe verlangt wird, ist unverantwortlich. So verlangen die bürgerlichen Frauen jetzt für die gesamte Textilindustrie die fachgewerbliche Ausbildung mit mehrjährigem Lehrverhältnis. Kritisch wird diese Forderung ja schon an der Unmöglichkeit für die Eltern scheitern, die Opfer einer mehrjährigen Lehrausbildung für ihre Töchter zu übernehmen. Daran wird alle Abstraktion der Zentrale für Lehrlingsvermittlung nichts ändern. Für die Organisation liegt die Gefahr darin, daß in den Betrieben, wo eine mehrjährige Lehrzeit ganz überflüssig ist, eine große Reihe Lehrlinge vorhanden sind, die bei Lohnkämpfen den Arbeitern erhebliche Schwierigkeiten machen können, weil mit ihrer Hilfe der Betrieb notdürftig aufrechterhalten werden kann. Nahezu ein Drittel der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist unter 18 Jahre alt; 600 weibliche über 18 Jahre alte Lehrlinge sind in die Stammtrollen der Handwerkskammern eingetragen. Nur verstärkte Agitation kann die Gefahr vermehren Züchtung weiblicher Lohnkämpferinnen. Es ist ja begreiflich, daß sich die Arbeiter gegen das Aufwachen der Frauen in immer mehr Berufen und bessere Stellungen strecken; aber vergebens! Nur nach dem Grundgesetz: gleicher Lohn für gleiche Leistung! wird sich mit der Zeit ein Ausgleich schaffen lassen. Die Frau wird ihren Fähigkeiten entsprechend beschäftigt und nicht mehr zum Kulturmehrwert werden. In diesen Fragen sehen Sie die Notwendigkeit einer eigenen Beobachtungsstelle für die industrielle Frauenfrage, die die gesammelten Erfahrungen für die Agitation verwendet. Das ist die vielfältige und stets sich vermehrende Tätigkeit des Sekretariats. Dazu gehört auch die Pflege von Beziehungen und der Austausch von Erfahrungen mit den ausländischen Organisationen. Im Anschluß an die gestrige Beschlusfassung über die Beeinflussung der Angehörigen im Sinne der gewerkschaftlichen Organisation unterstreiche ich die Pflicht, die Arbeiterinnen nicht nur zu organisieren, sondern sie auch zu überzeugten Kämpferinnen der Gewerkschaften zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem sich zwei Diskussionsrednerinnen in ähnlichem Sinne geäußert hatten, spricht der Vorsitzende Leipzig unter Zustimmung des Kongresses dem Arbeiterinnensekretariat die Zustimmung der Gewerkschaften aus. Den

Bericht der sozialpolitischen Abteilung

erstattet Robert Schmidt: Berlin: Stillstand in der Sozialpolitik ist jetzt die Parole in Deutschland, dem Lande, das einstmal in der Sozialpolitik voranmarschierte. Staatssekretär Delbrück hat sich diesem Gebot der Scharfmacherei gebeugt. Ist denn die Reichsversicherungsordnung mit ihren fahrenden Mängeln und ihrer arbeiterfeindlichen Tendenz ein sozialpolitisches Werk von Bedeutung? Das Dagegen schreitet die Sozialpolitik im Auslande vorwärts. Das lange rückschrittlich gebliebene Frankreich hat die Altersvorsorge, Skandinavien die Arbeitslosenversicherung im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften geschaffen. Die Schweiz führt den Jubiläumstag allgemein ein. Wir haben noch keinen allgemeinen Normalarbeitsstag. Besonders aber ist in England unter der liberalen Regierung viel geschehen. Da ist das Krankenversicherungsgezet, das unter voller freier Selbstverwaltung der Versicherten steht, und hoch über den reaktionären Bestimmungen des deutschen Gesetzes steht. Die englische Unfallversicherung hat manche Vorzüge gegenüber der unsrigen und das wichtige und dringende Problem der Arbeitslosenversicherung hat England fast für 2 1/2 Millionen seiner Arbeiter zu regeln begonnen. Man hat dort durch gesetzliche Lohnregelung im

Bergbau festgelegt, daß der Mindestlohn durch eine paritätische Kommission bestimmt wird, und allen Staaten voran hat England Lohnkommissionen mit Lohnfestsetzungsrecht in der Heimarbeit eingeführt. Alle diese Fortschritte sind durch die treffliche Politik der Arbeiterpartei und die liberale Regierung erreicht. Für Deutschland, das mit einer viel stärkeren Arbeiterpartei im Reichstag solche Fortschritte nicht zu verzeichnen hat, wird Englands Vorgehen anregend und beispielgebend sein müssen. Staatssekretär Delbrück sprach von „verständiger Sozialpolitik“, die nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Arbeitgeber liegen müsse. Das war ein Echo aus dem Scharfmacherlager.

Ist denn dem deutschen Arbeiter während des beispiellosen Aufschwungs in den letzten Jahrzehnten das Seine geworden? Was verbanen die Landbesitzer an Profitten der Schutzpolitik, und was haben die Landarbeiter davon gehabt? Was hat die preussische Regierung unternommen gegen die lohnbrückende Ausländereinfuhr auch in der schweren Zeit der Krise? Die durchschnittliche Dividende der deutschen Aktiengesellschaften stieg von 1908 bis 1912 von 7 auf 7,9 Proz. Die Durchschnittsdividende der großen Bergwerksaktiengesellschaften betrug 21 Proz. (Hört! hört!) Dazu kommen noch die Rücklagen und hohen Abschreibungen. Delbrück aber sagt, daß den Unternehmern nicht das Gleiche geworden sei, wie den Arbeitern. Die Vermögen in Preußen steigen nach der amtlichen Steuerstatistik jährlich um 2,76 Milliarden. Sie betragen 104 Milliarden und nach Steinmann-Bucher sind 400 Milliarden in Deutschland investiert (Hört! hört!) Man weist auf diese Werte hin, die unsere Wirtschaft geschaffen habe, aber was haben die Arbeiter davon? Nach Rathenau halten 300 Kapitalbesitzer die Schicksale Europas in der Hand. Sie wollen absolut regieren und das arbeitende Volk unterjochen, um ihren Profit immer höher zu schrauben. Nicht die wichtigen Interessen der Allgemeinheit sind für sie maßgebend. Ueber 145 207 Mitglieder mit 4 1/2 Millionen Arbeitern verfügen die Arbeitgeberorganisationen. Nicht gleiches Recht fordern sie mit den Gewerkschaften, deren Größe der Interneuertheoretiker Professor Hans Delbrück als eine Gefahr für den Industrialismus erklärte, weil sie die Löhne steigere. Freilich fügte Delbrück hinzu, daß die Stärke der Gewerkschaften durch ihre konfessionelle und politische Zersplitterung geschwächt sei. Das ist richtig, und das muß und eine Mahnung sein, hinzustreben auf eine Verständigung mit den anderen Gewerkschaften, um bei wichtigen Kämpfen gemeinsam vorzugehen. (Sehr richtig!) Damit würde die Hoffnung unserer Gegner ungenügend, wenn es gelänge, vorläufig wenigstens eine Verständigung für gewisse große Aktionen herbeizuführen, wie das jetzt ja schon monatelang geschieht. Wenn aber gesagt wird, daß dem Wirtschaftsleben seitens unserer Gewerkschaften Gefahren drohen, so weise ich hin auf die Entwertung und Verwüstung von Kulturwerken und Rationalbesitz durch den modernen Kapitalismus. Für unsere Industrie und Arbeiterschaft ist von großer Bedeutung der Besitz an Kohle und Erz, ein wertvolles Nationaleigentum. Wird aber damit haushälterisch und im Interesse des Wirtschaftslebens und der Gesamtheit umgegangen? Die internationale Volksgesellschaft hat seit dem Jahre 1900 auf 1 Million Aktienkapital 1 675 000 R. Dividende verteilt. Das sind die Bilanzen dieser Kreise, die die Hege gegen die Gewerkschaften betreiben, und die selbst mit dem Reich und der Nation den räuberischen Bucher treiben, statt daß dieses Vermögen im Interesse der Gesamtheit verwertet würde (Sehr wahr!). Liegt nicht eine große Gefahr für die Nation darin, daß der Bergbau ohne Rücksicht auf die großen allgemeinen Interessen betrieben wird? Ganze Gemeinden werden durch die Zerschlagungen in Gefahr gebracht. Tausende Arbeiter werden mit einem Schlage aus ihrem Ort und Erwerb vertrieben. Wo aber sind die bürgerlichen Sozialpolitiker, die Regierungsmänner, die gegen dieses freibehaltene Treiben Protest erheben? Niemand in den bürgerlichen Kreisen getraut sich, gegen die Macht des Kapitals aufzutreten. (Sehr richtig!)

Einer neuen nationalen Gefahr treiben wir entgegen, dadurch, daß der Staat und die Gemeinden die Ausnutzung der wertvollen Wasserkraft der privaten Spekulation überlassen. Diese Kräfte werden durch die Dividendenpresse des Kapitals hindurchgehen. „Erst wollen wir unseren Profit haben“, rufen die Kirdorf, Sinnes und die übrigen Industriegewaltigen. Trotz dieser schrankenlosen Ausbeutung des nationalen Reichtums durch das Privatkapital wird die Gefahr für unser Wirtschaftsleben von Professor Delbrück in den Gewerkschaften erblickt. Die Gewerkschaften sind aber für die Masse des Volkes der einzige Rückhalt geworden, um bessere Verhältnisse durchzusetzen, da, wo die Gesetzgebung versagt. (Sehr wahr!) Die Gründung des Kartells der schaffenden Stände durch den reichsdeutschen Mittelstandsverband, den Zentralverband deutscher Industrieller und den Bund der Landwirte ist eine Zusammenfassung aller derjenigen, die die engherzigsten Interessen ihrer Klasse über das Gemeinwohl stellen. Die wenigen Männer im bürgerlichen Lager, die dagegen auftreten, müssen wir durchaus achten. Hier verdient ein Mann erwähnt zu werden, der mit großer Entschiedenheit und Sachlichkeit den Kampf gegen die Tendenzen der Scharfmacherei aufgenommen hat: Professor Brentano. (Lebhafter Beifall.) Er hat durch sein Eintreten für die Gleichberechtigung der Arbeiter und gegen die Tendenz der Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung den ganzen Haß der Scharfmacherei auf sich geladen. Er wurde in einem mehrjährigen Prozeß hineingetrieben, der ihn auch von unserer Seite volle Anerkennung und Achtung für seine entscheidende Stellungnahme gegen die Scharfmacherei sichert. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Leider ist die Zahl solcher Männer immer geringer geworden, denn das Großkapital läßt seinen korrumpierenden Einfluß weit hinein bis in das Gelehrtenvolk, denen es zum Teil gutbezahlte Stellen in den Einrichtungen und literarischen Bureaus der Großindustrie sichert, die ihnen Staat und Gemeinde nicht bieten können.

Nun frage ich den Staatssekretär Delbrück:

Was ist an Sozialpolitik für die Arbeiter geschehen?

Die Fabrikinspektorenberichte haben in den letzten Jahren durchweg betont, daß die hohen Lebensmittelpreise gar keinen Ausgleich durch entsprechende Lohnherhöhungen gefunden haben, besonders in den der Organisation entbehrenden Betrieben, wo das Kapital über eine tiefgehende abhängige, unter langer Arbeitszeit laufende Arbeiterkraft verfügt. In der modernen raffinierten Industrie ist die Ausnutzung, die Ausbeutung und der Verbrauch der Arbeitskraft außerordentlich viel umfangreicher geworden. Nach der Zusammenstellung der Fabrikinspektionen über das Alter der Fabrikarbeiter sind am günstigsten noch die Arbeiter der Textilindustrie daran, wo von 100 beschäftigten Personen 35,3 über 40 Jahre und 16,9 über 50 Jahre alt waren. Dagegen sind in der Maschinenindustrie nur 20,5 über 40 Jahre und 8 Proz. über 50 Jahre alt. (Hört! hört!) Die Grobtextilindustrie erreicht den Tiefstand mit 21,7 Proz. über 40 Jahre und 7,9 Proz. über 50 Jahre. (Lebhafter Hört! hört!) Das ist ein überaus trübes Bild von der Lage der Arbeiterschaft. In einer Reihe der wichtigsten Industrien wird der Arbeiter mit 40 Jahren verbraucht und entwertet auf die Schutthalde geworfen wie wertloser Abfall, in einem Alter, wo der Mensch auf der Höhe seines Schaffens steht. In dem Reiche Kirdorfs, wo die Scharfmacherei herrscht,

ist die Tätigkeit des Mannes mit 40 Jahren zu Ende. Diejenigen, die dann noch beschäftigt werden, essen das Unabwendbare in untergeordneten Stellungen. Dafür werden junge Arbeitskräfte von den Landstrichen und Grenzen an die Maschine herangeschleppt. Mag der Bierzjährige auch noch gesund und kräftig sein, er verpflückt ja

nicht mehr, ein nutzbringendes Objekt für die Ausbeutung zu sein. (Sehr gut!)

Es ist die große sozialpolitische Aufgabe des Deutschen Reiches, an diejenen Zuständen zu rütteln und sie zu ändern. Bisher freilich fehlt es daran, daß der Arbeiterschutz in diesen mit glänzenden Gewinnen arbeitenden Industrien geschaffen wird. Wir sehen weiter die außerordentlich bedauerliche Erscheinung des Abstromens der Arbeiter vom Lande in die Stadt. Nicht wegen der großstädtischen Vermögensgüter haben die Arbeiter dorthin. Schuld daran ist die Rechtsunsicherheit auf dem Lande. In Preußen wären selbst die besten Gesetze für die Landarbeiter von keiner Bedeutung in den Händen der preussischen Verwaltungsorgane. (Lebhafter Zustimmung.) Die völlige Rechtslosigkeit der in Massen herbeigeschleppten Ausländer, die entsetzliche Rohheit, mit der sie behandelt werden, haben sich leider auch hier und da auf unsere eigenen landwirtschaftlichen Arbeiter übertragen. (Hört! hört!)

Der Redner bespricht die

Tuberkulosegefahr.

Ist die Sterblichkeit an Tuberkulose zurückgegangen, so liegt das Verdienst nicht zum wenigsten an den Bemühungen der gewerkschaftlichen Organisationen auf Verabreichung der Arbeitszeit. Und dennoch zeigt die Statistik ein überaus trauriges Bild. Genaue Erhebungen haben ergeben, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose bei einem Einkommen von 900 bis 1200 M. pro Jahr viel höher ist, als in den Einkommensschichten von 10 bis 25 000 M. Am wirksamsten kann die Tuberkulose durch eine gründliche Wohnungsreform bekämpft werden. Diese Frage ist vor allem eine Frage der Gemeinden. Billige Kredite für den Wohnungsbau helfen nur vorübergehend. Das beste wäre, wenn sich die Gemeinden entschließen würden, eigene Arbeiterwohnungen zu bauen und in Selbstregie zu nehmen.

Heben wir nun die Bilanz zwischen dem, was für Arbeiter geschehen und was für die Arbeitgeber geschehen ist, so schließt sie mit einem sehr großen

Ranto für die Arbeiter

ab. Von einer Gleichstellung der Arbeiter mit dem Unternehmer in den Fragen der Sozialpolitik, von einer Erweiterung der sozialpolitischen Fürsorge ist keine Rede. Die Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter und die gefährlichen Betriebe überhaupt sind an sich äußerst mangelhaft und diese mangelhaften Bestimmungen werden von den Unternehmern nicht einmal peinlich eingehalten. Nach dem Bericht der Fabrikinspektoren läßt die Durchführung der Arbeiterausbestimmungen viel zu wünschen übrig. Im Jahre 1912 waren 2254 Bestrafungen wegen Verletzung der Arbeiterschutzbestimmungen zu verzeichnen. Ueber diese gewaltige Zahl regt sich niemand in den bürgerlichen Kreisen auf. Wie verhältnismäßig sind ihr gegenüber die paar Fälle von Terrorismus, die von den Bürgerlichen aufgebracht werden! Eine große Zahl von Unfällen sind alljährlich in der deutschen Industrie zu verzeichnen. Es sind allein jährlich 10 200 tödliche Unfälle.

In dieser Zahl steckt viel Schuld des deutschen Unternehmertums. Heute wird in der Industrie mit Menschenleben eingespielet und Menschenwürde werden außerordentlich gering eingeschätzt. (Lebhafter Zustimmung.) Die Stellung der Gewerbeinspektoren muß unabhängiger gestaltet werden. Aber die preussische Regierung will nicht, daß sie ein Urteil über die Verhältnisse fällen. Sie sollen sich den Wünschen einflussreicher Kreise der Großindustrie beugen und nur referieren. Ich habe den Eindruck, daß bei einem großen Teil der Fabrikinspektorenberichte die traffen Verhältnisse überhaupt nicht mehr erwähnt werden, weil damit sozialreformistische Wünsche angeregt werden würden.

Was soll man dazu sagen, daß die schließlichen Fabrikinspektoren aus Oberkasseln mit seinen entsetzlichen Zuständen in den Halben und in der Eisenindustrie nur zu berichten wissen, daß den Arbeitern von den Unternehmern Kartoffeln geliefert worden seien.

In dieselbe Richtung fällt die Haltung der Regierung auf der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern am 25. September 1913. Ihr Widerspruch verhinderte, daß das Schulpalter, für das die Nachtarbeit verboten werden sollte, nicht von 16 auf 18 Jahre international herausgehoben wurde. Diese eine Tatsache widerlegt all die schönen Reden über den Jugendschutz. Aber auch hier ist die Regierung der Weisung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gefolgt. Bevor die Regierungsvertreter nach Bern fuhren, nahmen sie an einer Ausschusssitzung des Zentralverbandes teil und dort wurde ihnen diktiert, daß die Großindustrie unter keinen Umständen für die Heraushebung des Schulpalters zu haben sei. Die Arbeiter aber sind überhaupt nicht gefragt worden. Der Widerwille der Regierung gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt zeigt sich auch im Hausarbeitsgezet. Die Lohnlisten und Lohnabellen will man nicht aushängen, damit nicht das Ausland erfährt, unter welcher elenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen die Heimarbeitler leben. Ebenfalls stehen die Bestimmungen vollständig auf dem Papier, daß Sachkommissionen tarifliche Grundlagen für die Löhne der Arbeiter aufzustellen suchen. Nichts ist für die Heimarbeitler geschehen, während England hier beachtenswerte Fortschritte gemacht hat. Nichts geschieht gegen die Gefahren der gesundheitsschädlichen Industrie. Da finden wir auf allen Gebieten nur Stillstand.

Unsere Forderung aber muß auch hier dem Fortschritt gelten. Wenn wir aber vergeblich an die Gesetzgebung appellieren, damit sie ihre Aufgabe erfüllt, dann dürfen wir auch nicht die Wirkung unserer gewerkschaftlichen Selbsthilfe unterschätzen. Die positive Haltung der Regierungen muß um so lebhafter die Aktion der Gewerkschaften anregen. Nicht in der Anwendung von Mitteln, die mit tönenden Worten angekündigt werden, erblicken die Gewerkschaften ihre Macht, sondern in der ruhigen, kühlen Abwägung des Erreichbaren. (Sehr richtig!)

Die Gewerkschaften können manches erreichen, was die Gesetzgebung den Arbeitern vorenthält; aber eines bedarf es dazu, sie bedürfen der Bewegungsfreiheit und sie werden mit aller Fähigkeit an dieser grundsätzlichen Forderung festhalten: Bewegungsfreiheit nach allen Seiten und Gleichstellung mit den Gegnern! (Lebhafter Zustimmung.)

Die Gewerkschaften haben den Weg der Geschicklichkeit nicht verlassen. Werden sie aber unter ein Ausnahmegeretz gestellt, verlassen die herrschenden Kreise den Boden des gleichen Rechtes, dann ist auch für uns die Grundlage der Taktik verschoben. (Sehr richtig!)

Die deutsche Arbeiterbewegung hat gezeigt, daß sie Opfer bringt. Sie verzichtet nicht auf den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft. Sie wird sich den Weg bahnen für den Aufstieg der Arbeiterklasse. (Bravo!)

Eine Arbeiterschaft, die aus eigener Kraft in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und auf politischem Gebiet so festgelegte hohe Werte geschaffen hat, einer solchen Arbeiterschaft können durch die Maßnahmen der Justiz und der Polizei wohl die großen Klassengegenstände vor Augen geführt werden, aber zu vernichten sind diese Schöpfungen der deutschen Arbeiterschaft nicht. (Lebhafter Zustimmung.) Das Ideal einer großen aufwärtsstrebenden Schicht, das in der Hoffnung auf die Zukunft seine Kraft erblickt, ist nicht zu vernichten durch rohe Gewalt. Wohl aber wird der Glaube gestiftet werden an das Gerechte und das Siegende ihrer Idee. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner unterbreitet dem Kongress die folgende

Resolution:

„Die Förderung des sozialen Gesetzgebung wird immer in den von kapitalistischen Interessen beherrschten Staaten auf starken Widerstand stoßen. Von engherzigen materiellen Gesichtspunkten geleitet, glaubt die Kapitalistenklasse in jeder Einengung ihrer herrschenden Stellung gegenüber den Arbeitern die Schädigung

Ihrer unantastbaren Interessen zu erblicken. Selbst der unbedeutendste Eingriff in ihr freies Schalten und Walten wird nicht selten als mit dem Staatswohl und dem gesamten wirtschaftlichen Interesse im Widerspruch stehend hingestellt. Das Gesamtinteresse ist nicht das Kapitalisteninteresse, Volksgesundheit und wirtschaftliches Wohlergehen der Volksmassen müssen höher stehen als die Förderung des Ansehens der Riesenbetriebe und der wirtschaftlichen Machtentfaltung einer verhältnismäßig kleinen Gruppe sozialistischer Interessenten. Wenn gegenwärtig von einflussreichen Unternehmerverbänden lauter als je der Ruf nach einem Stillstand der Sozialpolitik ertönt, so hat dafür nicht die angeblich hohe Entwicklung der sozialen Gesetzgebung den Anreiz gegeben, sondern das Drängen jener Kreise nach politischer und wirtschaftlicher Machtentfaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. In diesen Ringen um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse fordert der Kongress die Arbeiterklasse auf, ihre Kräfte in der Organisation zu sammeln, in der Gewerkschaft die Position zu stärken, von der aus die Abwehr reaktionärer Maßnahmen möglich ist und dem Fortschritt aus eigener Kraft der Weg gebahnt wird. Hier kann die Arbeiterklasse als Träger und Mächtigster erscheinen: nicht Stillstand, sondern Fortschritt in der Sozialpolitik soll unser Kampfziel sein."

In der Diskussion werden von Loth und Bräcker-Berlin Anträge des Buchbinderverbandsvorstandes begründet, welche die Herausgabe einer sozialpolitischen Korrespondenz, eine Enquete über die Unfallgefahren und die Herausgabe von Denkschriften fordern, die zu wichtigen Tagesfragen Stellung vom Arbeiterstandpunkt aus nehmen.

Bauer (Generalkommission) erklärt sich gegen diese Anträge, da Korrespondenzen der gedachten Art bereits von verschiedenen Verbänden herausgegeben werden, die verlangten Erhebungen über die Unfallgefahren sich nicht in vollem Umfang durchzuführen lassen und Denkschriften zu wichtigen Tagesfragen bereits herausgegeben sind und auch in Zukunft herausgegeben werden, so daß dieser Antrag offene Türen einrennt.

Hierauf begründet Bauer folgenden Antrag:

Die durch die Reichsversicherungsordnung getroffene Regelung der Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden ist unzureichend, fehlerhaft und praktisch nicht durchführbar. Die schärfste Forderung der in Frage kommenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ist eine bringende Notwendigkeit. Eine betriebende, den Bedürfnissen des Hausgewerbes Rechnung tragende Lösung der Krankenversicherungspflicht der Gewerbetreibenden kann nur erreicht werden, wenn Neben-, Beitrags- und Unterstützungspflicht nach denselben Grundätzen geregelt werden, die für die Krankenversicherungspflicht der gewerblichen Arbeiter maßgebend sind. Der Kongress richtet an Reichstag und Bundesrat das bringende Ersuchen, die im zweiten Buch der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen über die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden baldigst in diesem Sinne zu ändern.

Leuber-Voßum (Bergarbeiter): Je größer die Prosperität der Gewerke, desto mehr ungelernete Arbeiter werden herangezogen. Steigende Unfallzahlen sind die Folge. 6,05 tödliche Unfälle pro Tag und über 120 000 Unfälle pro Jahr ereigneten sich im deutschen Bergbau. (Hört! hört!) Diese ungelerneten Fremden gefährden nicht nur ihre eigene Sicherheit, sondern auch die der anderen Arbeiter. Die unangehörige Schikanierung der Sicherheitsmänner macht diese Einmischung zu einem Vopanz, den vielleicht die organisierten Arbeiter eines Tages in den Winkel werfen werden. Nicht nur angenommen, sondern auch durchgeführt muß die Resolution werden. (Beifall.)

Kaul Müller-Berlin (Transportarbeiter) bebauert, daß Schmidt nicht über die eigentliche Tätigkeit der sozialpolitischen Abteilung berichtet hat. Nicht alle Gewerkschaften sind von der Tätigkeit der sozialpolitischen Abteilung befreit. Wie wünscht, daß die sozialpolitische Abteilung den Voraussetzungen bei ihrer Erstellung gerecht werde.

Sabatth-Berlin (Sämler): Der gesetzliche Heimarbeiterschutz wurde immer aus Rücksicht auf die Familie zurückgeschoben, so wenig man diese Rücksicht sonst nahm. Auch heute noch stehen die Heimarbeiter trotz Gesetz und Reichsversicherungsordnung schutzlos da. In einer vom Redner vorgelegten eingehend begründeten Resolution betreffend Heimarbeiterschutz

wird ausgeführt, daß der Kongress die Beschlüsse des Heimarbeiterskongresses von 1904 und des Heimarbeitertages von 1911 erneuert. Das Hausarbeitsgesetz ist nur ein Rahmengesetz, das nur wenige zwingende Bestimmungen, dagegen mehr nur leitende Grundzüge enthält, deren Ausführung dem Ermessen der zuständigen Behörden überlassen wird. Zwingend sind lediglich die Bestimmungen über die offene Auslage von Lohnverzeichnissen und Lohnzetteln, die Führung von Lohnbüchern und Lohnzetteln, die Registrierpflicht und die Unterstellung der Heimarbeiter unter die Gewerbeinspektion. Jedoch ist die Festsetzung des Zeitpunktes für die letzten Bestimmungen des Gesetzes einer Bundesratsverordnung vorbehalten, die leider bis heute noch nicht erfolgt ist. Von den fakultativen Bestimmungen hat noch keine Behörde bisher Gebrauch gemacht. Statt durch Lohnämter erst die Grundlage eines wirklichen Heimarbeiterschutzes zu geben, wurde ein Erloy vorgetrieben in den Haushaltungen, die weder paritätisch noch obligatorisch sind und bis heute noch nicht geschaffen wurden.

Der Kongress fordert energisch das schleunige Inkrafttreten der leider nur wenigsten für die Heimarbeiterschaft günstigen Bestimmungen des Gesetzes. Im weiteren beurteilt der Kongress nach wie vor auf das Schärfste die Zurücksetzung der Heimarbeiter in der Reichsversicherungsordnung. Heimarbeiterschutz und Versicherung bedürfen deshalb gleichermaßen einer energischen Fortentwicklung. Diese aber wird nur dann eine den Heimarbeitern und Heimarbeitern günstige sein, wenn sie sich in starken gewerkschaftlichen Organisationen zusammenschließen und dadurch die Kraft der organisierten Selbsthilfe bemerken. Die organisierte Arbeiterklasse rüft der Kongress auf, den Zusammenschluß der Heimarbeiter nach besten Kräften zu fördern, und verpflichtet sie, ihre weiblichen Angehörigen deren Berufsorganisationen zuzuführen.

Rath-München (Holzarbeiter) schließt sich Bauer in bezug auf den Antrag betreffend Unfallversicherung an und ersucht, ihn abzulehnen. Möglich wäre jedoch ein Hinweis auf die Größe der Unfallgefahr in einzelnen Gewerben nach dem Beispiel der Ausstellungen und Lichtbilder der Holzarbeiter über die klagenden Hände der Maschinenarbeiter.

Haderberg-Aitona (Tabakarbeiter): Am 1. Juli tritt eine Bundesratsverordnung für Unglücke in der Tabakarbeit in Kraft. Für die unter den elendesten Bedingungen arbeitenden Arbeiter wird sie natürlich wirkungslos bleiben. Viel besser werden die Erhebungen von Sachverständigen wirken.

Schmidt-Berlin (Londarbeiter) bespricht die bekannte Landarbeiterversicherung in den Landkrankenstellen, in deren Vorständen Oberförster, Oberinspektoren u. dergl. als Arbeitervertreter sitzen. Drei Viertel der Gutsherrn in Mecklenburg-Strelitz haben sich von der Versicherung befreit und halten doch unter Verurteilung auf diese "latternen Väter" die Arbeiter von Lohnforderungen ab, ja drücken die Löhne dafür noch herunter. Die Beiträge werden fast ständig 14-tägig eingezogen. Klagen die Arbeiter über die Höhe des Abzugs, so sagt man ihnen: Bedankt Euch bei den freien Gewerkschaften! Der Westfälische Bauernverein wagt es, den Wänerinnen die Woddenhilfe zu verlagern. Der Führer des Christlichen Landarbeiter-Verbandes, Abgeordneter Behrens, der alle sozialpolitischen Anträge zur Reichsversicherungsordnung abgelehnt hat, schreibt, daß leider die Arbeiter nicht den Vorstand der Landkrankenstellen wählen könnten. Auch die Landarbeiter werden aber erkennen, daß sie nur durch den Anschluß an die freien Gewerkschaften vorwärts kommen können.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In seinem Schlußwort polemisiert der Referent Robert Schmidt gegen die Ausführungen Müllers und bebauert es, daß das umfangreiche Archiv der "Sozialpolitischen Abteilung" so wenig benutzt wird.

In der Abstimmung wird die Resolution Robert Schmidt einstimmig angenommen, ebenso die Anträge Bauer und Sabath. Der Antrag des Buchbinderverbandes auf Herausgabe von Denkschriften, in denen die Angriffe der Gegner auf das Koalitionsrecht zurückgewiesen werden, wird zurückgezogen, ebenso der Antrag der Buchbinder auf Veranstaltung einer allgemeinen Enquete über die Unfallgefahren. Angenommen dagegen wird der Antrag des Buchbinderverbandes, der die Arbeiter auf die großen Unfallgefahren hinweist, weitere Schutzbestimmungen verlangt und ebenso ein gesetzliches Verbot der Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Personen unter 18 Jahren an gefährlichen Maschinen.

Die Generalkommission hat dem Münchener Magistrat eine Einladung geschickt. Darauf ist folgende Antwort eingegangen: "Für die freundliche Einladung zur Teilnahme am Kongress sprechen wir auf Grund eines Sitzungsbeschlusses unseren besten Dank aus."

Leipart: Der Kongress wäre mit Frauen bereit gewesen, einen Vertreter der Stadt München zu empfangen. Gemeldet hat sich bloßer allerdings niemand. (Heiterkeit.)

Den Bericht des Zentralarbeitssekretariats erstattet

Wissell-Berlin. Er lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Anwendung des dolus eventualis in der Rechtsprechung der Arbeiterversicherung und auf eine Entscheidung des Großen Senats des Reichsversicherungsamtes, deren Begründung mit der Rechtsüberzeugung des Volkes in keiner Weise übereinstimmt. Es handelte sich um die Vorschrift der Reichsversicherungsordnung, nach der die vorsätzliche Herbeiführung eines an sich die Inanspruchnahme der Versicherung berechtigenden Zustandes den Anspruch auf Versicherungsleistungen ausschließt. Die Entscheidung ist ergangen auf dem Gebiete der Invalidenversicherung. Sie gilt aber auch, da sie grundsätzlich ist, für die Krankenversicherung, deren Rechtsprechung jetzt den Versicherungsämtern zufällt, während früher das preussische Oberverwaltungsgericht als höchste Instanz zuständig war. Das Oberverwaltungsgericht, bei dem die preussische Polizei Verschiedenes für ihr Vorgehen gegen die Gewerkschaften sucht, hat dennoch einen vorgeschritteneren Standpunkt in dieser Frage eingenommen als der Große Senat. Es hat die Entbehrung des Krankengeldes nicht für zulässig erklärt, wenn jemand bei einem Selbstmordversuch das erstrebte Ziel nicht erreicht hat, sondern nur krank geworden ist. Der Große Senat steht grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt und sagt, daß man bei einem Selbstmord auch daran denken müsse, daß der Erfolg ausbleiben kann, und er hat auch noch stitliche Gründe dafür. Er behauptet, daß es das gesunde Empfinden der dem Gesetz unterworfenen Klasse verleihe, wenn jemand die "schwere Rechtswidrigkeit" begehe, sich selbst das Leben zu nehmen. Das sei ein Verstoß gegen die Grundlage aller Ordnung. Da der Senat unter "vorsätzlich" etwas anderes als "absichtlich" versteht, so dürfte es sich vielleicht empfehlen, im Reichstage eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung in der Richtung zu beantragen, daß statt vorsätzlicher "absichtlicher" Verletzung gesagt wird. Mit allem Nachdruck müssen wir als Vertreter von 2 1/2 Millionen organisierten Arbeitern uns gegen die "ethische" Begründung des Senatspruches wenden. Ist denn der Selbstmord eine so schwere Rechtswidrigkeit? Der Selbstmord ist straflos, und das Gesetz kennt den Begriff der Würdigkeit für den Bezug von Versicherungsleistungen überhaupt nicht. Wird jemand aus verwerflichen Ursachen, durch Trunksucht oder durch Ausschweifungen insalbe, so darf ihm deshalb die Rente nicht verweigert werden. Der Mensch ist das Reichthum erzeugende Werkzeug. Das Menschennaterial wollen wir so geschont sehen wie das in Maschinen. Davon wollen die Unternehmer nichts wissen, denn den Menschen bekommen sie fast umsonst geliefert. Wenn eine Industrie nur durch Raubbau an Menschennaterial bestehen kann, ist sie wert zugrunde zu gehen. Daraus entspringt die Notwendigkeit von Arbeiterschutz und Sozialpolitik, ohne deren Anfänge der Aufschwung der deutschen Industrie unmöglich gewesen wäre. Die Arbeiterversicherung ist in höchstem Maße Unternehmerversicherung. Bis zu 37 Prozent der Entschädigungsfälle entfallen auf Unternehmer. In Schwaben und Neuburg waren über 80 Prozent der Entschädigten Unternehmer oder ihre Angehörigen. Rechnlich war es im Blick. Ausbau und Fortleitung der sozialen Versicherung müssen wir fordern. Schon jetzt kann der Bundesrat gewerbliche Berufskrankheiten der Unfallversicherungspflicht unterwerfen. Er macht Gebrauch von dieser Ermächtigung, wenn auch die Unternehmer särcien. Sind ihnen die Lasten zu hoch, so mögen sie doch besser den Berufsgefahren vordringen. Viel zu wenig Beachtung legen die Arbeiter den Versicherungswahlen bei. Verlässliche, warmherzige und wohlunterrichtete Männer müssen gewählt werden, wenn die Versicherung wirksam durchgeföhrt werden soll. Den Arbeitern darf die Wahlbeteiligung nicht reaktionär erschwert und verteuert werden. Wir lesen, wie man durch Anrechnung der Krankenbeantente die soziale Versicherung zum Scheitern machen will. Diesem rückständigen Geiste rufen wir entgegen: Vorwärts mit dem Willen zur sozialen Tat! Vorwärts im Interesse der Gesamtheit, deren Wohl und Wehe davon abhängt, wie es den Arbeitern geht! (Beifall.)

Die Diskussion, an der sich drei Redner beteiligten, betogte sich im wesentlichen im Sinne des Referats. Besonders wurde eine regere Beteiligung an den Wahlen zu den Versicherungsförperschaften beklort. — Becker-Voßum schlägt vor, die Rechtsbegehre des "Korrespondenzblattes" als selbständiges Blatt herauszugeben. — In seinem Schlußwort stellt Wissell fest, daß die Herausgabe einer selbständigen Zeitschrift "Arbeiterrecht" an Stelle der bisherigen Beilage vom 1. Januar 1915 ab bereits beschloffen sei.

Die Genossenschaften.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

Bauarbeiterverband (Zweigverein Lübeck): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß die Arbeitsvermittlung in genossenschaftlichen Betrieben Allgemeingut der organisierten Arbeiterklasse ist und nicht mehr wie bisher einzelnen Organisationen allein das Recht zuteilt, offene Stellen zu belegen.

Fabrikarbeiterverband (Zweigverein Lübeck): Bei Einstellung von Hilfskräften in Konsumbetrieben und Genossenschaften sollen sie die Qualifikation zu den Posten besitzen, zu denen sie verwendet werden sollen, zu berücksichtigen und einzustellen, und nicht nur die, die im Transportarbeiterverband organisiert sind.

Metallarbeiterverband (Verwaltung Lübeck): Der Tarifvertrag, der zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine besteht, ist dahin abzuändern, daß bei Neueinstellung auch andere freiorganisierte Arbeiter eingestellt werden können.

Kadben-Lübeck (Fabrikarbeiter): Die Anträge entsprechen einer in Lübeck herrschenden Unzufriedenheit. Alle diese Verufe haben das gleiche Recht auf etwa freierwerbende Stellen in den Genossenschaftsbetrieben und Geschäften, so weit es sich um Stellen für ungelernete Arbeiter handelt und Arbeitslose vorhanden sind.

Bauer (Generalkommission): Durch die Annahme dieser Anträge würde der Kongress alle gewerkschaftlichen Grundzüge über Bord werfen und unter Umständen eine Vetterwirtschaft der einzelnen Gewerkschaften in den Genossenschaftsbetrieben Tür und Tor öffnen. (Sehr richtig!) Vor der Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaftsbetrieben sind vor allem freie Stellen auf Grund persönlicher Beziehungen beizugehen. Die Tarifverträge, die erst letzten wieder auf sechs Jahre verlängert worden sind, sagen, daß die Konsumvereine bei Einstellung von Transportarbeitern den Nachweis des Transportarbeiterverbandes bezeugen müssen. Daran kann kein Verband etwas ändern. Der Einstellung von Genossenschaftlichen aus anderen Verufen, die sonst keine Arbeit finden können, wird keine Schwierigkeit bereitet. (Zustimmung)

und Widerspruch.) Es müßte aber das Verlangen dazu von der Ortsverwaltung der betreffenden Organisation gestellt sein.

Schumann-Berlin (Transportarbeiter) schließt sich den grundsätzlichen Ausführungen Bauers an, insbesondere auch darin, daß es in den Gewerkschaften doch nicht zweierlei Recht für gelehrte und ungelernete Arbeiter geben dürfte. Wenn der Fabrikarbeiterverband mit Recht die Vermittlung der Arbeiter für die Seisenfabrik der Genossenschaft verlangt hat, so nehmen wir genau dasselbe Recht für die Transportarbeiter in Anspruch. Natürlich wollen wir nicht den größten Teil der frei werdenden Stellen den anderen abnehmen. Im übrigen sind von den in den Genossenschaften beschäftigten Arbeitern 50 Proz. aus anderen Organisationen entnommen.

Holl-Waldenburg (Bergarbeiter) beschwert sich darüber, daß trotz der Abregelung vieler Bergarbeiter aus dem Grubenbezirk Kley in Schläfen die in den Genossenschaften frei werdenden Stellen mit aus Breslau herangezogenen Transportarbeitern besetzt wurden, bis eine Vereinbarung zwischen dem Bergarbeiter- und Transportarbeiter-Verband dort geschlossen wurde, deren Nachahmung sich an anderen Orten empfiehlt, damit ähnliche Uebelstände vermieden werden.

Laffen-Hamburg (Maler) fordert entschieden, daß der Kongressbeschluss von Köln durchgeföhrt werde und alle in den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter auch Mitglied der Genossenschaften werden.

Schumann bemerkt kurz, daß bei Besetzung freier Stellen selbstverständlich Genossenschaftsmitglieder den Vorzug genießen müssen.

Sämtliche drei Anträge werden angenommen, welches Ergebnis einige Unruhe hervorruft.

Legien: Ich stelle fest, daß durch diese Beschlüsse nicht etwa bestehende Tarifverträge beeinflusst werden. Sie bleiben nach wie vor trotz dieser Beschlüsse aufrecht erhalten. (Heiterkeit und Anrufe.)

Vorsitzender Leipart fügt dem hinzu: Ich glaube, der Kongress kann sich auf den Standpunkt stellen, daß diese Anträge zum Ausdruck bringen wollen, daß der Transportarbeiterverband nicht in allen Fällen und ohne jede Ausnahme das Recht für sich in Anspruch nehmen soll, die Stellen in den Genossenschaftsbetrieben zu besetzen. Durch den Vertreter des Transportarbeiterverbandes ist festgestellt worden, daß dieser Verband infototeit mit der Tendenz der Anträge ganz einverstanden ist und schon so verfahren wurde, wenn es sich um Genossenschaftsbetriebe handelte. Einen anderen Sinn brauchen wir den Anträgen nicht zu geben. Erklärt sich der Kongress damit einverstanden? (Viele Rufe: Ja, weniger Rufe: Nein!)

Schumann: Diese Erklärung Leiparts kommt post festum. Er wäre verpflichtet gewesen, vor der Abstimmung zu erklären, wohin die Tendenz der Anträge gehen soll und dann hätte, nach den Erklärungen unseres Verbandes eine Abstimmung sich erübrigt, wenn sie nur den von ihm angegebenen Zweck gehabt haben sollten.

Leipart weist diese Kritik für seinen Teil für diesmal und für die Zukunft zurück und lehnt es ab, den Kongress vor einer Abstimmung zu beeinflussen.

Der Generalkommission und allen ihren Unterabteilungen wird einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgt die Beratung über das

Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands.

Das vor dem Kongress veröffentlichte Regulativ legt das bereits durch die Vorstandskonferenz vorgestellte Zusammenwirken der Gewerkschaften fest und erstreckt es auf die Regelung von Grenzfreiheiten und auf die Erhebung von Umlagen bei großen Arbeitskämpfen, die über die Kraft der einzelnen Organisationen hinausgehen. — Mit zur Debatte steht der Antrag der Fabrikarbeiter Magdeburgs, wonach den Gewerkschaften mit mehr als 75 000 Mitgliedern in der entsprechend zu verstärkenden Generalkommission die Vertretung durch ein Mitglied gewährt werden soll.

Legien begründet die Vorlage, die einer eingehenderen Begründung schon bedürfen nicht bedürfe, weil sie nur einem auf dem Stuttgarter Kongress gefassten Beschluß entspricht. Der Antrag für das jetzt zu regelnde Zusammenwirken eine Bezeichnung "Gewerkschaftsbund" oder dergleichen zu wählen, folgen wir nicht, weil bei dem jetzigen Kurs auf politischer Erklärung der Gewerkschaften dann einfach alle diesem Bund angehörigen Verbände zu politischen Vereinen gestempelt würden. Keu sei an der Vorlage die Bestimmung eines Zusammenwirkens für die Regelung von Grenzfreiheiten und eventuell die Beschlußfassung darüber, sowie die auf gegenseitige Unterstützung bei Streiks. Daß diese beiden Punkte im vorliegenden Wortlaut angenommen werden, ist nicht unbedingt erforderlich. Es kommt auf ihren Inhalt an. Der Gewerkschaftsausschuß, der mehr und mehr durch die Konferenz der Zentralverbände ersetzt worden ist, soll durch das Regulativ befestigt werden, zumal bei seiner Einlegung dieselben Gedanken maßgebend waren wie jetzt für das Regulativ, das der Generalkommission auch die Förderung der Bezirkssekretariate zuweist. Hierdurch werden der Generalkommission neue Ausgaben entstehen, weshalb die Erhöhung des Beitrags der Gewerkschaften an die Generalkommission von 4 auf 5 Pf. pro Jahr und Mitglied erfolgen soll. Das Regulativ behält die bisherige Mitgliederzahl der Generalkommission bei. Der Antrag der Fabrikarbeiter, die Zahl von 13 auf 15 zu erhöhen, wäre an sich abgelehnt. Aber die Konferenz der Vorstandsvertreter hat den Antrag abgelehnt. Die Generalkommission wird vom Gewerkschaftskongress gewählt und ihre Mitglieder vertreten nicht einzelne Industriegruppen oder Verbände, sondern die gesamten Organisationen. Da an die Stelle des Gewerkschaftsausschusses die Konferenz der Vorstände getreten ist, kann ihr auch ein entscheidendes Recht eingeräumt werden, das der Aufsicht nicht hatte. Sie soll die für die Durchführung der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses erforderlichen Maßnahmen beschließen. Das ist die allgemeine Seite des Regulativs, das hoffentlich Ihre Zustimmung finden wird.

Großmann-Magdeburg (Fabrikarbeiterverband) begründet den Antrag auf Vermehrung der Mitgliederzahl der Generalkommission. Der Fabrikarbeiterverband ist seit 15 Jahren in der Generalkommission nicht vertreten und empfindet das als eine Zurücksetzung. (Zuruf: Und die anderen?)

Baepflog (Bauarbeiter) hält es für richtig, die Zahl der Generalkommissionsmitglieder zu verringern. Mit der Einsetzung der Vorstandskonferenz verliert die Generalkommission an Bedeutung. Eine Reihe ihrer Aufgaben fällt der Konferenz zu. Sie braucht nur aus so vielen Personen zu bestehen, als notwendig sind, um die Geschäfte zu führen. Damit wird das Verantwortlichkeitsgefühl für die einzelne Gewerkschaft größer und das Zusammenarbeiten besser.

Damit schließt die Diskussion.

Ueber den allgemeinen Teil soll erst abgestimmt werden, wenn das ganze Regulativ durchberaten ist.

Der Kongress nimmt eine Einladung der Münchener Genossen zu einer Dampferfahrt auf dem Starnberger See für Mittwoch nachmittags an.

Eingegangene Druckschriften.

Hauptfragen der modernen Kultur von E. Hammacher. 10 B., geb. 12 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Ungene des Geschichtslebens von Prof. Dr. M. Geuber. 140 B., geb. 1.80 M. E. S. Moriz, Stuttgart.

Zeitschrift für Kommunalpolitik. Heft 3. Herausgegeben von Dipl.-Ing. A. Berlowitz. Monatsheft ein Heft. Pro Jahr 15 M. Deutscher Verlag, Stuttgart.

Geschichtstheater oder Kulturtheater? Von Dr. L. Selig. 48 S. Herausgegeben von der Genossenschaft Deutscher Buchenangehöriger in Berlin. Selbstverlag.

Brechms Tierleben. Herausgegeben von Prof. Dr. O. Strafen. Bd. 11. Die Säugtiere. Von L. Deh u. R. Gähstner. In Galbieder 12 M. Biographisches Institut, Leipzig.

Molkereien
„Schweizerhof“
Möbeltransport
F. Bartels, Gerichthofstr. 59/60

Möbeltransport
F. Bartels, Gerichthofstr. 59/60
Musikinstrumente
A. Ax, E. Weigl, Sackl, Adlerstr. 91

Rodrichtereien
H. Kahlbrock, Danzigerstr. 49.
Räucherwaren, Fische
D. Danielsohn, Kottbuserdamm 11.

Unterrichtsinstitute
Machinisten- u. Holzerausbildg.
Lehrk. Licht- u. Kraftl. Fahrstuhl- f. h. r.

Vericherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schutz- z. z.

Brilz
Emil Gold, Bäckerei, Germania-Frauen- u. E. Pasowald, Fleischer, Endersstr. 30

Nieder-Schönhausen
Max Schulze, Sarg, Kais. Wilh. Str. 18
Tegel
E. Scheller, Arb.-Befehl, Böhmerstr. 14

Verkäufe.
Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Damen- u. Kinder- u. Mädchen- u. Kleider

Verkäufe.
Herrenanzüge, Entman, aus feinsten Stoffen
und Damen- u. Kinder- u. Mädchen- u. Kleider

Verkäufe.
Mit Mark 10. - Anzahlung erhalten Sie Stube und Küche, zwei Etagen

Verkäufe.
Kücher, Kellern, Zim., Sim., Blei, Stanniolpapier, Goldschmelze

Verkäufe.
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle an Herrn, Frau Leverage, Ferkelstr. 7, vorn

Verkäufe.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Machinistenarbeiter, verheiratet, sucht Beschäftigung

Verkäufe.
Klempner für Dampfessel Brückenbauten Eisenkonstruktionen

Partei nur zu Niederlegen führt. Die berunglückte Demonstration hat nur die Liberalen kopflos gemacht. Im Hinblick auf schwere politische Folgen hätte es die Fraktion bei der alten Kaitif bemenden lassen sollen, dann stände die Partei im Kampfe gegen die Reaktion fester und sicherer da. Die Genossen Friedrich und Voermann-Darmstadt sowie Brabant-Oberamstadt widersprachen der Auffassung des Referenten als Schwarzmalerei, während Genosse Knoblauch-Darmstadt die Ansicht Duestels teilte.

Weiter beschäftigte sich die Konferenz mit den nächsten Landtagswahlen, über die Abg. Verthold referierte. Ein Antrag, die Parteifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen wurde ein Kreisbildungsausschuss gewählt.

Für den Wahlkreis Görlitz-Lauban war das verfloffene Geschäftsjahr ein reiches Wahljahr. Der Landtagswahl folgte im Herbst die Stadtverordnetenwahl, die uns die letzten neun Mandate der dritten Abteilung brachte. Der Daß der Gegner veranlaßte aber, daß die Wahl für ungültig erklärt wurde; doch der Liebe Ruhe war umsonst; auch die Nachwahl brachte der Sozialdemokratie den Sieg. Die Gesamtzahl der Gemeindevorsteher im Wahlkreis beträgt 93 in 27 Orten. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 3214 männliche und 825 weibliche, zusammen 4039 Mitglieder; gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von 368 Mitgliedern vorhanden. 244 Mitgliederversammlungen und 77 öffentliche Versammlungen haben stattgefunden. Der Volkskalender wurde in 27 680 Exemplaren auf dem Lande verbreitet. Der Kassenbericht weist bei einer Einnahme von 21 262,82 Mark eine Ausgabe von 19 799,21 M. auf.

Soziales.

„Schämen Sie sich“

Ueber die Art der Behandlung Unfallverletzter oder deren Hinterbliebenen sind in Arbeiterkreisen noch nie viel Lobesäußerungen laut geworden. Es fand sich beim besten Willen kein Anlaß dazu. Die soziale Rechtsprechung war von allem befreit, nur nicht von sozialem Geist. Der Gedächtnis an den Verlust der Heine, der Nichtinvalidität bei der Möglichkeit eines Tages Verdienstes von 20 Bfg., hat nun der Oberbergrat Sattig in Folge ein neues Glied der Kette sozialer Leiden und Handlungen angereicht.

Die Erfurter Spruchkammer des Königl. Knappschaftsgerichts des Bezirks Halle hatte kürzlich über eine Berufung gegen die Rentenscheidung für die Hinterbliebenen eines tödlich verunglückten Bergmanns in Kleinbödingen zu befinden. Die Witwe hatte fünf Kinder. Das jüngste war erst nach der Rentenscheidung zur Welt gekommen. Die Witwe glaubte nun, eine höhere Rente beanspruchen zu können; doch sie hatte vergeblich gehofft. Der Vorsitzende, der Herr Königl. Oberbergrat Sattig, erklärte im Hinblick auf die schon festgesetzte Rente in der Berufungskammer: „Das ist doch schönes Geld, schämen Sie sich, uns so unnötige Arbeit zu machen. Wenn er (gemeint ist der Tote) nicht verunglückt wäre, bekämen Sie gar nichts.“

Die Grenzen der preussisch-deutschen Pressfreiheit sind zu eng, um diesen Ausdruck treffend kritisieren zu können. Aber auch ohne dies wird diese Leiberung ihre Wirkung nicht verfehlen.

Agarische Krankenfürsorge.

Die Junker sind die ärgsten Feinde der Landkrankenassen. Durch die Gesetzgebung sind ihnen schon alle möglichen Erleichterungen und Vorteile geschaffen, so daß die Fürsorge für die Kranken Landarbeiter nach wie vor recht mangelhaft ist. Wenn der Agrarier sich bereit erklärt, seinen erkrankten Arbeitern die minimalen Leistungen zu gewähren, die den Leistungen der Krankenkasse gleichwertig sind, so kann der Besitzer seine Arbeiter von der Versicherungspflicht freimachen. Wegenwärtig arbeitet man darauf hin, den Landkrankenassen so viel Arbeiter wie nur irgend möglich zu entziehen. Und die Behörden helfen bereitwillig mit. So sind die Verpflegungssätze im Kreiskrankenhaus Labiau für Kranke der Gutsbezirke und Dienstherrschaften auf eine Mark pro Tag festgesetzt, die Landkrankenassen müssen aber für ihre Kranken 1,50 M. pro Tag zahlen. Daß unter solchen Umständen die Großgrundbesitzer ihre Arbeiter von der Landkrankenasse fernhalten, ist selbstverständlich. In den Krankenkassen verbleiben nur die Arbeiter und das Gesinde der kleinen Besitzer. Die Kassen können unmöglich leistungsfähig werden, aber wenn einer von den großen Herren seinen Verpflichtungen gegenüber seinen kranken Arbeitern nicht nachkommen kann, so muß laut Gesetz die — Landkrankenasse eintreten. Als seinerzeit die Sozialdemokraten beantragten, daß dann die Staatskasse der Landkrankenasse das ersuchen muß, was der leistungsunfähige Besitzer zu leisten hat, wurde dieser Antrag von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, obwohl die Staatsbehörde in letzter Linie darüber entscheidet, ob der Besitzer leistungsfähig ist oder nicht.

Gerichtszeitung.

Revolverkallerei.

In zwei Fällen, die gestern vor hiesigen Strafgerichten verhandelt wurden, handelte es sich wieder um den grassierenden Unfug, bei jeder Gelegenheit ohne Bedenken dem Revolver das Wort zu geben.

Vor dem Schwurgericht stand der vom Rechtsanwalt Dr. Salies verteidigte noch nicht zwanzigjährige „Buchhalter“, tatsächliche Diener Otto Adam unter der Anklage des versuchten Totschlags. Der Angeklagte ist, wie sein Auftreten vor Gericht und seine aus dem Untersuchungsgefängnis heraus an den Vorsitzenden gerichteten Briefe beweisen, ein sehr egoistischer Mensch. Er hat auswärts wohnende nicht unbemittelte Eltern. Er hat kurze Zeit eine Präparandenanstalt besucht, ist aber nicht vorwärts gekommen, wurde dann Pöge in einem Hotel, später Diener und kam als noch nicht neunzehnjähriger nach Berlin. Hier ging er mit dem großen Gedanken um, in der Kaiser-Allee eine größere Restauration zu kaufen, obgleich er keinerlei Fachkenntnisse besaß und auch keine eigene Mittel hatte. Diese hoffte er von seinem Vater zu erhalten, der dann auch im März auf sein Erlauchen zur Einleitung des Geschäftslaufs nach Berlin kam. Aus dem Geschäftsabschluss wurde aber nichts, da sich der Vater von einem Portier Schaele, der den Sohn in einer gemeinschaftlichen Stammsneipe kennen gelernt hatte, in durchaus anständiger Weise warnen ließ. Herr Schaele nannte den Angeklagten dabei einen „grünen Jungen“, der doch keine Ahnung vom Restaurationsbetriebe habe und zunächst doch einmal, anstatt umherzuzummeln, arbeiten solle. Diese Bemerkung verzieh der Angeklagte dem Schaele nicht. Als der Vater wieder abgefahren war, rüde er dem Sch. in der Stammsneipe auf den Hals und verlangte von ihm, daß er die Beleidigung zurücknehmen solle. Herr Sch. nannte ihn nochmals einen „grünen Jungen“. Darüber geriet der Angeklagte in solche Wut, daß ihn die Wirtin aus dem Lokal weisen mußte. Der Angeklagte wartete nun auf der Straße wohl 3/4 Stunden, und als Schaele dann her-

auskam, um nach Hause zu gehen, trat der Angeklagte an ihn heran und forderte nochmals die Zurücknahme der Beleidigung. Schaele erhob den Arm, um ihn zurückzudrängen, in demselben Augenblick aber der Angeklagte einen Revolver aus seiner Tasche und schoß mit dem Rufe: „Hund, ich schicke Dich tot!“ auf seinen Gegner. Der Schuß ging glücklicherweise fehl, Schaele warf sich zur Erde und so verfehlten auch zwei weitere Schüsse ihr Ziel. Der Angeklagte ging dann in der Pose eines Geldes selbst auf die Polizeiwache, zeigte an, daß er auf einen Menschen geschossen hatte, und schrieb noch auf der Wache eine Karte an seine „Verantw. folgenden Inhabers: „Liebe Grete! Verzeihe mir, ich habe heute meine Rache gekühlt, ich konnte nicht anders. Dein Otto.“

Der sonderbare Revolverheld wurde zwar des versuchten Totschlags schuldig gesprochen, aber mit Rücksicht auf seine Jugend, seine Unbestraftheit und sein egoistisches Wesen nur zu vier Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

In dem zweiten Falle, der vor der Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde, waren der Reisende Willi Lehmann und der Schuhmacher Josef Urban wegen Körperverletzung angeklagt. Lehmann war in nähere Beziehungen zu einer Näherin getreten, die bis dahin mit einem älteren Manne gegangen war, diesem aber den Laufpaß gegeben und sich dem Lehmann, der ihr besser gefiel, zugewandt hatte. Am 6. Mai wollten die beiden Angeklagten dem Mädchen einen Besuch abstatten und waren erstaunt, daselbe auf der Straße mit ihrem alten Liebhaber im Gespräch anzutreffen. Es kam zum Wortwechsel und schließlich zum Handgemenge, wobei Lehmann seinen Rivale mit einem Gummischlauch schlug. Als sich Publikum ansammelte, das entschieden für den Nichthandelnden Partei ergriff, rückte Urban aus und es entspann sich eine Jagd hinter ihm her, an der sich auch der kühne Schönderner und der Gastwirt Opiß beteiligten. Schließlich blieb Urban stehen, zog einen Revolver und rief seinen Verfolgern zu: „Stehen bleiben, oder ich schicke!“ Er schoß auch zweimal nach Schönderner, ohne ihn zu treffen, dagegen trafen zwei weitere Schüsse Herrn Opiß am Handgelenk und Oberarm.

Das Gericht verurteilte diesen Schützen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis, während Lehmann mit 3 Monaten Gefängnis davonkam.

Von Schulversummisse.

Ein verständiges Urteil fällt dieser Tage das Kammergericht in der Frage der Schulversummisse.

Herr Krauledat in Königsberg in Preußen hatte sein Kind mehrere Tage nicht in die Schule geschickt. Als der Lehrer erfuhr, daß das Kind krank sei, sandte er dem Vater ein Formular zu, damit dieser darauf von einem Arzt die Krankheit bezeugen lasse. R. hörte aber keinen Arzt, sondern schickte das Formular, auf dem er selber das Kind für krank erklärte, zurück. Herr R. wurde darauf wegen der Schulversummisse des Kindes angeklagt und vom Landgericht verurteilt, weil er das Kind ohne beweiskräftige Entschuldigung nicht in die Schule geschickt habe.

Das Kammergericht hob auf die Revision R. hin das Urteil auf und verwies die Sache zum nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück.

In der Begründung wurde ausgeführt: Das Urteil des Landgerichts beruhe auf der häufig vertretenen irrigen Ansicht, daß die Nichtentschuldigung des Vaters strafbar mache, sowie, daß der Vater eine etwaige Erkrankung durch ein ärztliches Attest der Schule glaubhaft machen müßte. So läge aber die Sache nach dem Allgemeinen Landrecht nicht. Danach und nach den dazu erlassenen Strafvorschriften der Bezirksregierungen seien vielmehr die Eltern wegen der Schulversummisse ihrer Kinder nur strafbar, wenn sich die Eltern in bezug auf die Erfüllung der Schulpflicht nachlässig erwiesen hätten. Ob dies der Fall gewesen sei, darüber habe der Richter zu entscheiden. Er habe zu prüfen, ob das Kind wirklich krank gewesen sei, und ob sich dadurch das Fernhalten des Kindes von der Schule rechtfertige. Werde das Gegenteil festgestellt, dann liege Nachlässigkeit des Vaters vor, und er wäre zu bestrafen. Werde aber vor Gericht das tatsächliche Vorliegen eines genügenden Grundes nachgewiesen, dann habe Freisprechung zu erfolgen, ganz gleich, ob der Vater ein ärztliches Attest der Schule überreicht habe oder nicht.

Schulbehörden möchten ja gern, daß ihnen Atteste vorgelegt würden und daß die Vorlegung durch Strafen erzwungen werden könnte. Das sei aber nicht der Zweck der einschlägigen Bestimmungen.

Ein großer Fleischvergiftungsprozess.

Als im Sommer 1911 die Fleischnot ihren Höhepunkt erreichte, erkrankten in Köln 158 Personen nach dem Genuße von Fleischwaren, die in der Hauptsache den Geschäften des Metzgermeisters Wilsdorf entnommen waren. Vier Personen starben an den Folgen der Vergiftung. Die Untersuchung der Vorfälle dauerte fast zwei Jahre. Nun hat am Montag der Prozess vor der Kölner Strafkammer begonnen. Es sind mehr als 250 Zeugen geladen; 88 Ärzte, Bakteriologen, Chemiker und Metzgermeister fungieren als Sachverständige. Der Prozess, der 14 Tage bis 3 Wochen dauern wird, mag interessante Aufschlüsse darüber bringen, in wie starkem Maße, vor allem zu Zeiten von Fleischnot, Städte mit dem Fleisch von kranken und verendeten Tieren versorgt werden. Die Anklage erstreckt sich auf 7 Personen. Es sind Metzgermeister und deren Frauen sowie Viehhändler.

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Semi-Kürschner.

Der Schutzverband deutscher Schriftsteller bittet uns, das nachstehende zu veröffentlichen:

In dem Prozess den Philipp Stauff, der Herausgeber des berühmten Semi-Kürschners, gegen Otto Corbach angestrengt hatte, stand heute vor dem Schöffengericht Termin an. Herr Stauff, der nicht zur Stelle war, soll sich, wie sein Anwalt vermutete, im Gerichtsgebäude verlaufen haben. Damit der Termin, zu dem der Anwalt des Herrn Stauff ausdrücklich aus Thüringen herbeigereist war, zu einem Abbruch kam, begünstigte sich der Vertreter des gefährlichen Judenverfolgers mit der Annahme der nachstehenden, von dem Beklagten angebotenen Erklärung:

Die Parteien schlichen vor Eintritt in die mündliche Verhandlung folgenden Vergleich. Der Angeklagte erklärt, daß er mit dem Rausch. Der Privatkläger lebe wie so viele andere Antisemiten mit der Wahrheit fortgerückt auf gespannter Fuß“ nicht die Absicht verfolgt habe, den Privatkläger zu beleidigen, sondern nur seiner Ueberzeugung habe Ausdruck verleihen wollen, daß der Privatkläger, bestimmt durch seinen Rassenstandpunkt, öfters objektiv Unrichtiges behauptet habe.

Versammlungen.

Das Vertikativpersonal der hiesigen Straßenbahn beschäftigte sich in einer Betriebsversammlung mit der folgenden Angelegenheit: Auf eine Demingation von Mitgliedern des gelben Werkvereins erhielten zwei Arbeiter einen strengen Verweis, weil sie einen von einem engeren Kreise gestifteten Krug mit

roter Schleife auf den Friedhof der Märzgefallenen als von dem gesamten Personal der hiesigen Straßenbahn gestiftet niedergelegt“ und einen großen Teil der hierzu gesammelten Summe „zu anderen Zwecken“ verwendet haben. — Der Verkehrsausschuss der Stadt Berlin, an den sich einer der mit Verweis Betroffenen wandte, hat diese von der Betriebsleitung verhängte Strafe nicht aufgehoben.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche sagt: „Die Versammelten sind der Ansicht, daß das unehrenhafte Verhalten eines Beschäftigten nicht der Disziplinargewalt der Betriebsleitung untersteht und daß außerdem die für die Erteilung des strengen Verweises angenommenen Gründe zu einem erheblichen Teil unzutreffend sind. Die Disziplinarstrafe wird deshalb von der Versammlung als ein aus politischen Gründen entstandenes Rechtsurteil angesehen. — Die Versammelten erwarten von dem Magistrat, daß nach Prüfung der Angelegenheit die gegen den Kollegen B. verhängte Strafe aufgehoben wird.“

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Birkenwerder. Mittwochabend 8 Uhr Sitzung im Rathaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist bei rechtig, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Expedition.

Bestellen in Berlin, Posen und anderen Poststätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihren bisherigen Postkasten wegen der Ueberweisung von Briefen sofort ihre Adresse einleihen, da bei veränderter Poststellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post mit geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

N. W. 12. Senden Sie uns Ihre Postanweisung ein, wir werden Ihnen dann ausnahmsweise die Zeitung per Post überweisen. Die Vergünstigung gilt sonst nur für Groß-Berliner Abonnenten.

Witterungsübericht vom 23. Juni 1914.

Stationen	Barometere stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft	Stationen	Barometere stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft
Swinemünde	762,8	4Sdost	16	16	Sabaranda	765,8	2Sdost	16	16
Hamburg	762,8	5Sdost	14	14	Petersburg	768,5	3D	14	14
Berlin	763,9	4Sdost	14	14	Sibir	764,8	4Sdost	13	13
Krakau	767,8	3D	12	12	Aberdeen	769,8	2Sdost	13	13
München	768,8	4Sdost	14	14	Paris	767,8	2Sdost	13	13
Wien	766,8	3Sdost	15	15					

Wetterprognose für Mittwoch, den 24. Juni 1914.

Wolkig heiter, aber noch veränderlich, zunächst ziemlich kühl, später wieder etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen: Im Binnenlande ziemlich heiter, meist trocken. In der Küste häufige Bewölkung und an vielen Orten etwas Regen. Ueberall wenig veränderte Temperatur, schwache Gewitter.

Dankagung.

Für die aufrichtige Teilnahme, die meinem Bruder und Schwager

Otto Lilienthal

erwiesen worden ist, sagen wir herzlich umher herzlich Dank.

1314

Ernst Lilienthal.

Edward Lilienthal.

Lisa Lilienthal geb. Rettig.

Max Lilienthal.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69

Wie soll man wandern?

Anleitungen und Winke

von

Engelbert Graf.

Preis 20 Pf.

Mit Rucksack

und Wanderstab.

Von

Jürgen Brand.

Preis 20 Pf.

Jugend-Liederbuch.

Preis 25 Pf.

Möbelfabrik „Hoffnung“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Berlin, Krautstr. 52.

Bilanz vom 31. Dezember 1913.

Passiva

Kassenbestand 704,19

Barenbestand 39 456,—

Materialienbestand 14 848,43

Währer 8 150,—

Werkzeuge 6 300,—

Utenilien 1 810,—

Werk und Wagen 920,—

Kasser und Kasse 1 800,—

Debitoren 35 272,05

Dankkonto 7 056,90

Bilanzkonto 872,23

Konto Dubio 800,—

Genium- und Verlustkonto 4 352,—

122 170,80

Passiva

Akreditorenkonto 25 967,98

Rückstellungen 1 000,—

Darlehenskonto 93 918,42

Anteilkonto 1 300,—

122 170,80

Im Jahre 1913 ist kein Genosse eingetreten und kein Genosse ausgesteuert. Am Schluß des Jahres waren 26 Genossen mit einem Gesamtgut haben und einer Gesamtguthabende von 1300 M. vorhanden, so daß das Gesamtgut haben und die Gesamtguthabende dieselben geblieben sind.

100/10

Der Vorstand.

H. Frenkel, D. Wolke, H. H. H.



VORWARTS BIBLIOTHEK

Der Gotteslästerer

Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter
.. Von A. Ger ..

Preis gut gebunden 1 Mark

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69

Unserem Kollegen
Franz Kutzer nebst Gattin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit.
Die Kollegen vom
Zentral-Magazin.

Todes-Anzeigen

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Geschäfts-
diener
Paul Butzky
am 22. Juni im Alter von 25 Jahren
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes,
Wilhelmstr. 44, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Arbeiter
Wilhelm Fischer
im Alter von 31 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 25. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes,
Wilhelmstr. 44, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege,
die Botenfrau
Johanna Markowski
von der Formärischellian Volkshaus
am 20. Juni im Alter von
35 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. Juni, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Hedwigs-Kirchhofes in
Reinickendorf, Berliner Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
66/1 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Fischer
Höfische Str. 22, im Alter von
58 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
89/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuillier
Verwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Sattler
Otto Schenk
Berl. Str. 10
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Simeons-
Kirchhofes, Berlin-Drit., Tempel-
hofer Weg, aus statt.
156/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Arbeiter
Ernst Neumann
(Bilderstr. 49)
gestorben ist.
Ferner starb unser Mitglied,
der Elektromonteur
Anton Habermann
(Lindenburger Str. 35)
an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes in
Reinickendorf-West aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Elektromonteur
Amandus Klemmt
(Al. Hamburger Str. 9)
am 17. Juni an Blinderkrankung.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes,
Friedenwalder Straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet!
120/18 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederbarnim.**
Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Gastwirt
Hans Roeder
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
17/3 Die Bezirksleitung.

Am Sonntag, den 21. Juni,
abends 9 Uhr, verstarb nach
langem, schwerem Leiden meine
liebe Frau, unsere herzensgute
Mutter
Marie Schröder
geb. Lehner.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Alfred Schröder
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 25. Juni, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Kapelle des
Philippus-Kirchhofes in
der Müllerstraße 44, aus statt.

Am Dienstag, den 23. Juni,
entschied nach kurzem, schwerem
Leiden im 58. Lebensjahre mein
lieber, guter Mann, Vater und
Bruder, der Formmeister
Gustav Knappe.
Am Namen der Hinterbliebenen
Witwe Mathilde Knappe.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 26. Juni, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
der Müllerstraße 44, aus statt.

Dankfagung.
Allen, welche sich an der Beerdigung
meines lieben Mannes
Rudolf Schmidt
beteiligt haben, sage ich meinen herz-
lichsten Dank.
24835 **Berta Schmidt.**

Dankfagung.
Allen, welche sich an der Beerdigung
meines lieben Mannes
Rudolf Schmidt
beteiligt haben, sage ich meinen herz-
lichsten Dank.
24835 **Berta Schmidt.**

Dankfagung.
Allen, welche sich an der Beerdigung
meines lieben Mannes
Rudolf Schmidt
beteiligt haben, sage ich meinen herz-
lichsten Dank.
24835 **Berta Schmidt.**

**Los nur
50 Pf.**
**Ziehung
2. Juli**
**Sankt Georg-
Lotterie**
2400 Gewinne im Werte von Mark
**60000
20000
10000**
Hauptgewinn:
Los 50 Pf. 11 Lose aus ver-
schied. Tausend, 5 M.
Porto und Liste 25 Pf. extra.
H. C. Kröger
BERLIN W8, Friedrichstr. 193 a.
Erhältlich auch in allen durch
Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Fischer
Höfische Str. 22, im Alter von
58 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle
des Zentralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
89/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuillier
Verwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Sattler
Otto Schenk
Berl. Str. 10
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Simeons-
Kirchhofes, Berlin-Drit., Tempel-
hofer Weg, aus statt.
156/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Arbeiter
Ernst Neumann
(Bilderstr. 49)
gestorben ist.
Ferner starb unser Mitglied,
der Elektromonteur
Anton Habermann
(Lindenburger Str. 35)
an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes in
Reinickendorf-West aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Elektromonteur
Amandus Klemmt
(Al. Hamburger Str. 9)
am 17. Juni an Blinderkrankung.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes,
Friedenwalder Straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet!
120/18 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung an-
lässlich der Beerdigung meiner lieben,
guten Frau sage ich allen Teilnehmern
den besten Dank. Die mir dadurch
erwiesene Teilnahme hat meinen
Schmerz wesentlich gemildert.
10991
Otto Pfeiffer,
Kottbuser Ufer Nr. 45.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.
Soeben erschien:
**Gegen den
staatlichen
Gebärzwang**
Reden
des Reichstagsabgeordneten
Genossen **August Brey,**
d. Genossen **Dr. Silberstein**
u. der Genossin **Lulze Zietz.**
Preis brosch. 15 Pf.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Steinarbeiter.
Am 1. Juli (27. Woche) tritt die neue Beitragsregelung in Kraft. Der
Zentralverband macht bekannt, daß mit dem Ablauf der Quartals-
abrechnung alle Marken nicht mehr verkauft werden dürfen. Ehemalige
Rechnungen müssen dann schon ihren Rückstand mit dem erhöhten Beitrag
ausgleichen.
Am Sonntag, den 28. Juni, vormittags von 9-12 Uhr, findet in
sämtlichen Zahlstellen Groß-Berlins eine
allgemeine Regelung
der Mitgliedsbücher statt. Die Kollegen werden ersucht, möglichst Pro-
paganda für den Erfolg derselben zu betreiben. Vom Erscheinen befreit
sind nur diejenigen Kollegen, welche ihr Buch schon vorher in Ordnung
(26. Woche) gebracht haben.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
**Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Donnerstag, den 25. Juni:
**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche:** abends 8 Uhr, im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Korbmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.
Einsetzer: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15,
Saal 3.
Bezirk Nordwesten.
Heute Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
89/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
**Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Donnerstag, den 25. Juni:
**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche:** abends 8 Uhr, im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Korbmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.
Einsetzer: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15,
Saal 3.
Bezirk Nordwesten.
Heute Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
89/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
**Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Donnerstag, den 25. Juni:
**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche:** abends 8 Uhr, im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Korbmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.
Einsetzer: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15,
Saal 3.
Bezirk Nordwesten.
Heute Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
89/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
**Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Donnerstag, den 25. Juni:
**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche:** abends 8 Uhr, im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Korbmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.
Einsetzer: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15,
Saal 3.
Bezirk Nordwesten.
Heute Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
89/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
**Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Donnerstag, den 25. Juni:
**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche:** abends 8 Uhr, im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Korbmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.
Einsetzer: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15,
Saal 3.
Bezirk Nordwesten.
Heute Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
89/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
**Mitglieder-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Verbands- und
Branchenangelegenheiten.
Donnerstag, den 25. Juni:
**Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländer-
branche:** abends 8 Uhr, im Königshofkino, Holzmarktstr. 72.
Korbmacher: abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.
Einsetzer: abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15,
Saal 3.
Bezirk Nordwesten.
Heute Mittwoch, abends 6 Uhr, bei Kaczorowski, Ravenstraße 6.
89/11 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**
Bureau: Melchiorstraße 28, part.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.
Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13
Fernsprecher: Amt Norden 3791-97

Freitag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelnufer 15:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Die Holz- und Marmorarbeiten, ihre Entwicklung, Bedeutung und zeitgemäße Ver-
wendung. Referent: Fachlehrer Fr. Scholt, Schwierin i. N. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Bogen des interessanten Vortrages erwarten wir das Erscheinen aller Kollegen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Voranzeige! Das Sommerfest der Filiale Berlin findet am Sonnabend, den
25. Juli, in der Brauerei Friedrichshagen statt, bestehend aus:
Konzert × Berliner Ulk-Trio × Großer Ball × Gratisverlosung
für Damen × Kinderfackelzug, wozu jedes Kind eine Stod-
laterne gratis erhält.
Die Kaffeelücke ist bis 6 Uhr abends geöffnet.
Billetts für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf., inkl. Tanz, sind bei den Bezirksführern sowie im
Verbandsbureau, Melchiorstraße 28, zu haben. Daselbst ist geöffnet: Vormittags 8-1 Uhr und
nachmittags von 4-7 Uhr. [137/7] D. O.

Voranzeige! Das Sommerfest der Filiale Berlin findet am Sonnabend, den
25. Juli, in der Brauerei Friedrichshagen statt, bestehend aus:
Konzert × Berliner Ulk-Trio × Großer Ball × Gratisverlosung
für Damen × Kinderfackelzug, wozu jedes Kind eine Stod-
laterne gratis erhält.
Die Kaffeelücke ist bis 6 Uhr abends geöffnet.
Billetts für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf., inkl. Tanz, sind bei den Bezirksführern sowie im
Verbandsbureau, Melchiorstraße 28, zu haben. Daselbst ist geöffnet: Vormittags 8-1 Uhr und
nachmittags von 4-7 Uhr. [137/7] D. O.

Grünzeitiges Ermüden
Ein bewährtes Rezept gegen schnelles Ermüden ist
das Tragen von Continental-Absätzen. Sie ermög-
lichen einen leichten, elastischen Gang, der den Kör-
per nicht ermüdet und nicht erschüttert. Verlangen
Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher
Absätze Continental.
Hüten Sie sich vor Nachahmungen!

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

**Mohrenstr. 37a
Kolonnaden,
Gr. Frankfurterstr. 115**
**Trauer-
Magazin**
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise

**Farbige
Konfektion**
in größtem
Maßstabe
zu billigsten
Preisen

Westmann

Freie Volksbühne
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Generalversammlung.

Tagesordnung:
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes für das
letzte Halbjahr und Jahresbericht für 1913/14. — Bericht
der Revisoren — Diskussion — Neuwahlen des Vorstands
und Ausschusses, der Revisoren und der Verwaltung und
Ordnerschaft.
Die alten Mitgliedskarten
sind behufs Erneuerung zum Umtausch am Tage nach der
Juni-Generalversammlung abzugeben.
Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur
gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
**Die Mitglieder werden gebeten, un-
zutreffende Angaben über Namen und
Wohnung auf der Mitgliedskarte zu
berichtigen,** da im nächsten Spieljahr jedem Mit-
glied das Vereinsheft durch die Post zugesendet wird.
Etwas Wünsche bezügl. Umschreibung in eine andere
Abteilung sind bei Abgabe der Karte zu äußern.
**Diejenigen Mitglieder, welche im nächsten
Spieljahr als Ordner fungieren wollen,**
werden gebeten, ihre Adresse der Geschäfts-
stelle einzusenden und in der Generalver-
sammlung zu erscheinen. 244/10
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr:
**Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter**
im Lokal von Brinkmann, früher Merkowski, Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
aller unbedingt notwendig.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Stellung-
nahme zur Einführung der Hausfassung. 3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Sähtliches und pünktliches Erscheinen erwartet
120/17 Die Ortsverwaltung.

WESTMANN
Mohrenstr. 37a.
Gr. Frankfurterstr. 115.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

**Heute u.
morgen!
2 Reisetage!!!**

Loden-Pelerinen, Alpaka-Mäntel, 9.75
Staubmäntel, Waschkostüme,
sonst bis 29.90 für

Echt engl. Gummimäntel, Loden- 16.50
Paläto, Frotto-Kostüme, Kunst-
seid, Trik.-Jack., sonst b. 29.90, für

Warme feine Ulster, Loden- 29.00
Kostüme, seidene Gesellschafts-
kleider, seidene Gummimäntel
sonst bis 105.00 für

Modelle in Tüllmänteln f. starkt. 50.00
Figurp., mod. Seidene-Mäntel,
Modell-Kost., sonst b. 219.00, für

Fluschmäntel, echt engl. Seid., 96.00
das Feinste, sonst bis 219.00,
für

Echte Pelzmäntel 125.00
guting. Felle, sonst b. 221.00, für

Möcke in 8.00 Feinste 4.75
Loden usw. von 8 an Blusen von 4 an

**Stärkste Figuren finden in
allen Abteil. u. Passendes!**
Sonntags geöffnet 8 bis 10 Uhr.
Von 2 bis 1/3 wegen Aufzählung: sarberien geschossen!

Ein unschätzbare Vorteil ist es, wenn die Säuglinge an der
Mutterbrust genährt werden, weil sie hierdurch die ihnen zuträglichste
Nahrung erhalten und am besten vor Brechdurchfall, Diarrhöe, Durch-
fall usw. geschützt bleiben. Wenn aber eine Mutter ihrem liebsten Kind
Wohlthat nicht erweisen, so gebe sie „Nestlé“ als Ersatz zur „Mutter“, denn
„Nestlé“ hat sich schon in Tausenden von Fällen als bester Ersatz erwiesen
und bildet infolge seiner hervorragenden Eigenschaften ein vorzügliches
Nahrungsmittel für gesunde und kranke Kinder.

ein Appell an das deutsche Volk einen fruchtbaren Boden finden. So verschlämmt ist er noch nicht, als daß eine frische Saat für den deutschen Kaiser nicht neue Früchte tragen sollte."

Als Verfassungsänderung, Aufhebung der Immunität, Verleihung der letzten Reste politischer Meinungsfreiheit, das wäre das konservative Aktionsprogramm der nächsten Zeit. Und damit wollen die Herren aus Volk appellieren? Sie werden sich wohl noch überlegen!

Preussische Justiz und Titelschacher.

Zum hundertsten Male schreibt die bürgerliche Presse von einem Strafverfahren, das wegen der Veröffentlichungen über den Titel- und Ordensschacher eingeleitet sei. Und wenn diese Nachrichten auch zweifellos unter der lösslichen Spitzmarke: „Die strafrechtliche Verfolgung des Ordens- und Titelschachers“ gebracht werden, besagen sie doch bisher einseitig, daß dieses Verfahren sich gegen den „Vorwärts“ und den Genossen Liebknecht richtet. Von einem Verfahren gegen den „Vorwärts“ ist uns jedoch bislang nicht das mindeste bekannt. Mit dem Verfahren gegen Liebknecht hat es insofern seine Richtigkeit, als in der Tat der Justizminister bereits bei dem Abgeordnetenhaus die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen ihn nachgesucht hat. Nur ist der Justizminister damit einen Schritt zu spät gekommen. Das leider schon heimgeschickte Abgeordnetenhaus hätte gewiß von Herzen gern seinem Wunsch gemäß gehandelt. Natürlich rechnen wir bei der Weisheit der preussischen Behörden auch damit, daß gegen den „Vorwärts“ Anklage erhoben wird. Ein solches Vorgehen entspricht nun einmal den bewährten Traditionen der preussischen Rechtsjustiz. Aufdeckung von Verbrechen ist in Preußen Berühmtheit und Ehrentitel. Aufdeckung von Verbrechen ist in Preußen Berühmtheit und Ehrentitel. Aufdeckung von Verbrechen ist in Preußen Berühmtheit und Ehrentitel.

Zur Sammelpolitik des Zentrums.

Das Zentrum läßt nicht locker, es will mit aller Gewalt die bürgerlichen Parteien zusammenbringen, natürlich unter seiner Führung. Da jetzt ein besonderes Zugmittel nicht haben ist, verbeißt es sich in die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Kaiserhof. Trimborn erklärte in einer Zentrumsversammlung in Siegburg: „Es könne nicht so weitergehen; die bürgerlichen Parteien müssen sich aufrufen und die Regierung müsse dem Reichstag beim Tagungsbeginn einen Arbeitsplan vorlegen, der durch Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien durchgeführt werden müsse. Vor allem habe die Regierung zielbewußter Arbeit gegen die Sozialdemokratie kraftvoll die Führung zu übernehmen.“

Es ist aber wahrscheinlich, daß auch dieses Mittel nicht zieht und daß über kurz oder lang Wachen wieder konstatiert muß: mit der Sammelpolitik ist es nichts.

Das Leben für den Zaren.

Der König von Sachsen hat ein dankbares Gemüt. Von Entschlüssen aus hat er an den Kaiser von Rußland folgendes Telegramm gerichtet: „Im Begriff, den Boden Rußlands zu verlassen, drängt es mich, Eurer Majestät nochmals von ganzem Herzen für den glänzenden Empfang und die ebenso gehobene wie liebenswürdige Gastfreundschaft, die Eure Majestät mir in so gnädiger Weise bereitet haben, zu danken. Ich nehme mir in so dankbarer Weise die Tage in Rußland mit unergesslichen Eindrücken an die Tage in Rußland mit mir, die mir eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens sein werden. Geg.: Friedrich August.“

Und dabei können wir nicht genug rufen — gegen denselben Zaren, den der sächsische König so überschwänglich anheimelt.

Das Ausland und der Wehrbeitrag.

Wie aus Petersburg telegraphiert wird, ist das russische offizielle Informationsbureau zu der Erklärung ermächtigt, daß der Minister des Auswärtigen gegenwärtig eine detaillierte Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung ausarbeitet, die es ablehnte, den russischen Gesichtspunkt anzuerkennen, daß die Zahlung der deutschen Wehrsteuer durch russische Untertanen, die in Deutschland wohnen, rechtswidrig sei. Die russische Antwort wird demnächst der deutschen Regierung von dem russischen Botschafter in Berlin mitgeteilt werden.

Militärjustiz.

Vor dem Kriegsgericht der dritten Division in Stettin hatte sich der Unteroffizier Ebeling von der 1. Eskadron des Kaiser-Waller-Kürassier-Regiments Nr. 2 wegen Mißhandlung eines Unteroffiziers zu verantworten. Am Himmelfahrtstage war ein Kürassier neben ihm zum Dienst erschienen. Der Unteroffizier fand ihn nicht pünktlich zum Dienst erschienen. Der Unteroffizier fand ihn nicht pünktlich zum Dienst erschienen. Der Unteroffizier fand ihn nicht pünktlich zum Dienst erschienen.

Schweiz.

Bestrafter Militärbonfott.

Der Wirt Geiger zum „Oberbad“ im Kanton Appenzell sollte letzten Herbst zu einem vierzehntägigen militärischen Wiederholungsdienst einrücken. Gleichzeitig sollte aber das „Oberbad“ militärische Einquartierung erhalten, so daß der alleinlebende Geiger genötigt war, für sein Hauswesen besorgt zu sein. Unter diesen Umständen, und da er außerdem leidend war, gelang es ihm, sich von der Dienstpflicht zu befreien. Dieser Ausgang ärgerte den Kommandanten des Infanterieregiments, in dem Geiger dienen sollte, Oberleutnant Stäbel, der den Geiger aus irgend welchen Gründen nicht leiden mochte, und unter dem Vorwande, daß Geiger lediglich Stimulant sei, verbot er den Soldaten seines Regiments den Besuch von Geigers Wirtschaft. Dieser floh, und das Bezirksgericht verurteilte Oberleutnant Stäbel wegen wider-

rechtlichen Wirtschaftshaushalts zu einer Entschädigungssumme von 300 Franken und zur Tragung der rechtlichen und außerrechtlichen Kosten. Der Herr Oberleutnant gab sich mit diesem Urteil der Volksrichter nicht zufrieden und appellierte an das Kantonsgericht. Die Klage kam gestern zur Verhandlung. Das Kantonsgericht hat das Urteil des Bezirksgerichts in allen Teilen bestätigt und damit der militärischen Annahmung den nötigen Dämpfer aufgesetzt.

Sozialdemokratische Vaterlandsverräter.

Die Presse der schweizerischen Regierungspartei überraschte dieser Tage die Leserschaft mit der geheimnisvollen Nachricht, daß zwei hervorragende sozialdemokratische Parlamentarier, die in ihrer Eigenschaft als Mitglieder nationalrätlicher Landesverteidigungskommission militärische Geheimnisse erfahren haben, mit einem „Genossen“ in Eglis im Kanton Zürich, der Spion der deutschen Regierung sei, unter einer Decke stehen. Eine polizeiliche Untersuchung habe die kompromittierenden Briefe der sozialdemokratischen Parlamentarier zutage gefördert; einzig der Wachsamkeit der Landesverwaltung sei es zu danken, daß kein Verrat militärischer Geheimnisse an das Ausland erfolgt sei.

Die so angeschuldigten sozialdemokratischen Nationalräte — die Genossen Studer und Seidel — stellten den Sachverhalt sofort richtig: Ein Arbeiter, der vorgab, Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Eglis zu sein, verlangte von diesen beiden Genossen Auskünfte, angeblich als Diskussionsstoff für Vereinsversammlungen über das Thema des Militarismus. Die beiden Genossen gaben Auskünfte, die jedermann aus amtlichen Drucksachen oder parlamentarischen Protokollen ersuchen kann, und zwar, wie es ja im Drange der Gespräche nicht anders möglich ist, so kurz wie nur möglich. Auf Grund dieser Briefe, die nichts enthalten, was nicht jeder aufmerksame Zeitungsläser bereits kennt, wandte sich nun der betreffende Mann an den Informationsdienst des Deutschen Generalstabs. Sein Brief wurde jedoch aufgefangen und bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Da das Delikt des Landesverrats bereits verurteilt worden war und zudem mit ganz untauglichen Mitteln versucht war, Abhilfe abzuwenden, wurde die Untersuchung niedergeschlagen.

Run hatte die Institution der schweizerischen Bundesanwaltschaft — es ist dies neben der Institution zur Beobachtung ausländischer Spione in erster Linie die seinerzeit zu Bismarcks Wunsch geschaffene Zentrale zur amtlichen Anarchistenjagd, von denen alljährlich ein halbes Duzend zur Strecke gebracht werden — dieser Tage ihr 25jähriges Jubiläum, und die sozialdemokratische Presse hat diesen Anlaß benützt, diese einer Republik unwürdige Institution ein wenig durchzusehen. Was tut nun die bürgerliche Presse? Sie bringt Andeutungen über den Spionagefall in oben erwähnter entstellter Form und schwindelt dreistweg, daß die Sozialdemokraten gegen das Institut der Bundesanwaltschaft seien, weil es den Landesverräterischen Führern derselben an den Kragen geht. Inzwischen kam jedoch die Richtigerstellung des Sachverhalts durch die beiden Genossen und eine Erklärung der Bundesanwaltschaft in der bürgerlichen Presse, die die Darstellung unserer Genossen wortwörtlich bestätigt.

Somit wäre alles in Ordnung. Nun hat aber eine sozialdemokratische Zeitung konstatiert, daß die Untersuchung streng geheim war, daß es also die Rache der Bundesanwaltschaft für die nicht gerade delikaten Geburtsartikel der Parteipresse war, wenn sie geheime Aktenstücke der Spionageprozesse der bürgerlichen Presse zur Verfügung stellt. Doch dies betrifft die Bundesanwaltschaft, und nun kommt unser bürgerlicher Parteiorgan und erklärt öffentlich, daß ein Mitglied des Bundesrats, also ein Mitglied der Regierung der Eidgenossenschaft selbst, in den Couloirs des Bundesparlamentes Journalisten bürgerlicher Observanz gesucht und gefunden hat, denen er den Inhalt streng geheimer Aktenstücke zu wissen kund gab, damit sie diesen gegen die Sozialdemokratie ausschloßten. Diese Enthüllung wird zu einem parlamentarischen Skandal ersten Ranges führen.

Frankreich.

Der Wahlbetrug von Lille.

Aus Paris wird uns geschrieben: Wir haben seinerzeit über den von den Reaktionsären von Lille unter dem Protektorat des Bürgermeisters Desfalle organisirten Wahlbetrug berichtet. Zwei christliche Schulbrüder und zwei Schriftsetzer aus Tournai in Belgien waren dank der Kontrolle unserer Partei-genossen dabei erwischt worden, als sie, die Tischen mit Wählerlisten vollgepfropft, von einem Wahlbureau ins andere zogen, um für tote, vertriebene und erkrankene Wähler die Stimme abzugeben. Es ergab sich, daß der Betrug im größten Stil vorbereitet worden war. Desfalle legte sein Amt nieder, wohl in der Hoffnung, damit der weiteren Verantwortung zu entgehen. Die Angelegenheit kam indes nicht zur Ruhe. Die gerichtliche Untersuchung brachte weitere Teile des Betrugsystems auf und enthüllte einen politisch-administrativen Skandal argster Sorte. — Am Sonnabend wurde vor dem Justiztribunal in Lille die Verhandlung gegen die erwischten Wahlschwinder begonnen. „Bruder“ Cyrille von der seither behördlich geschlossenen Ordensniederlassung in Anappes, der Verteiler der Wählerlisten auf die Schwinder, hatte allerdings vorgezogen, die Landesgrenze zwischen sich und die Justiz zu legen. Höchst erbaulich war das Verhör des Typographen Rain, bei dem 19 Wählerkorten gefunden worden sind. Er gab an, sie vom Verführer der bürgerlichen Druckerei von Tournai bekommen zu haben. In seinen Taschen hat man aber ferner einen Wegweiser vom Bahnhof von Lille nach den 21 Wahlbureaus gefunden, mit genauer Angabe der Straßen und der zu benutzenden Straßenbahnlinien. Dieser Wegweiser war gedruckt, was beweist, daß man ihn in größerer Zahl hergestellt und verteilt hat. Daneben war auch ein geschriebener Wegweiser mit weiteren Details über die Verbindungen und über die Reihenfolge der zu besuchenden Wahlbureaus ausgegeben worden. Endlich fand man bei Rain ein Heft, worin die Stunden der Reise in den verschiedenen Kirchen der Stadt angegeben und zugleich die Wahlbureaus vermerkt waren, die sich in der Nähe der einzelnen Kirchen befinden. Rain erklärte dies im Verhör damit, daß er nach jeder Stimmabgabe einen Rosenkranz abgeben habe, um Vergebung für die Sünde zu erlangen. Möglicherweise hat er sein Gebet auch vorher gesagt, nach dem kläfflichen Brauch der Abzugsräuber, um Geltingen für den im Dienste der Pfaffen verübten Betrug zu verdienen.

Die angeklagten Schulbrüder erklärten, sie hätten die Stimmzettel in der Zelle eines Ordensbruders — gefunden. Gewählt haben sie vermutlich damit, um die „gefundenen“ Stimmen nicht verloren gehen zu lassen.

Die Staatsbehörden haben sich jetzt anscheinend entschlossen, das ganze Weisensystem auszuhacken. Am Sonnabend wurde ein gewisser Villaret verhaftet, der seit 1904 — d. h. seit der Eroberung der Gemeinde durch die Merkale — der tatsächliche Leiter des städtischen Wahlbureaus ist. Er war das Faktotum des Bürgermeisters-Adjunkten Vignaud, eines schweizerischen Merkale-Praners. Vignaud ist noch auf freiem Fuß, hat aber sein kommunales Mandat niedergelegt. In welchem Umfang die pfaffenliche Kampagne den Schwindeln betrieblen hat, geht daraus hervor, daß von 1904 bis 1912 die Zahl der eingeschriebenen Wähler der Stadt um 4389 gestiegen ist, während der ganze Bevölkerungszuwachs nur 2376 beträgt!

Ob die internationale reaktionäre Verleumdungspresse, die so gerne jede kleine Verfehlung, die sich irgendwo eine mit der Arbeiterorganisation in noch so loser Verbindung stehende Person zuschulden kommen läßt, dem ganzen organisierten Proletariat anhängen möchte, von dieser Affäre wohl Kenntnis nehmen wird, wo die Autoritäten des weltlichen und geistlichen Gehorsams den Neigen des Betruges führen?

Italien.

Beaufsichtigung der Merkale Wahlzettel in Rom.

Rom, den 20. Juni. (Fig. Ver.) Wegen der Gültigkeit des Merkale Wahlzettel in Rom ist ein sehr erster Einpruch erhoben worden: die Stimmzettel der Merkale waren nämlich so durchsichtig, daß sie in der Hand des Wählers deutlich erkennbar waren. Den Beweis dieser Rechtswidrigkeit hat ein Parteigenosse, der im Wahlbureau der 10. Sektion Kontrollleur war, einwandfrei erbracht. Als die Wahlhandlung vollendet war und man sich zum Zählen der Stimmzettel anschickte, ließ unser Genosse zu Protokoll geben, daß die Merkale Wahlzettel durchsichtig waren und daher die Wahlhandlung von jedem Dritten kontrolliert werden konnte; als Beweis dafür gab er zu Protokoll, daß in der noch uneröffneten Urne sich 130 Merkale Wahlzettel befanden. In der Tat ergab die Zählung die Richtigkeit dieser Behauptung. Da bei der Verwendung solcher Wahlzettel, die sicher nicht aus Sparsamkeit erfolgt ist, die Einschüchterung und Bestechung der Wähler sehr leicht durchführbar ist, sollte von Rechtswegen die Wahl aufgehoben werden. Darauf wird man aber lange warten können.

Aus Industrie und Handel.

Der Verein Deutscher Feuerzeugfabrikanten schreibt uns: Daß es den Zündholzfabrikanten trotz der Einführung der Steuer nicht so schlecht geht, wie diese durch ihre Propaganda für die Besteuerung der Feuerzeuge den Anschein zu erwecken suchen, geht aus dem Jahresbericht des auf diesem Gebiete ziemlich größten Unternehmens, und zwar der Aktiengesellschaft „Union“ vereinigter Zündholz- und Wachs- und Wachs-Fabriken, Augsburg, für das Geschäftsjahr 1913 hervor. Dieses Unternehmen hat im Jahre 1913 695 566 M. verdient gegenüber 514 131 M. im Jahre 1912. Während diese Gesellschaft in den Jahren 1906 bis 1911 je 9 Proz. Dividende verteilte konnte, hat sie zum erstenmal im Jahre 1912 10 Proz. und im Jahre 1913 12 1/2 Proz. Dividende ausschütten können. Während ferner im Jahre 1912 75 000 M. auf neue Rechnung vorgetragen wurden, betrug der Gewinnvortrag aus dem Jahre 1914 294 666 M.

Ein gleich großes Unternehmen ist die „Deutsche Zündholz-Akt.-Ges. in Ravensburg“. Auch dieses Unternehmen hat in dem Geschäftsjahre 1913 den höchsten Geschäftsgewinn erzielt, den es bisher überhaupt aufzuweisen hatte, und zwar 339 175 M. In den Jahren vor Einführung der Streichholzsteuer betrug der Gewinn annähernd 185 000 M. pro Jahr, und nur das Jahr, in dem die Streichholzsteuer eingeführt wurde, weist infolge der damals vorgenommenen Vorverforgung einen annähernd großen Gewinn auf, und zwar in Höhe von 241 000 M. Diese Zahlen sprechen für sich.

Es scheint als ob die Streichholzfabrikanten auf den Geschmack gekommen sind und durch ihre fortgesetzten Klagen die Feuerzeugindustrie durch eine Sonderbesteuerung umzuwandeln möchten, um dann ohne jede Konkurrenz die Preise für die Streichhölzer diktiert zu können.

Die Kostlage der Zementindustrie. Die Geschäftsberichte der Zementgesellschaften für das Jahr 1913 weisen vielfach auf die starke Erzeugungseinschränkung hin, die durch die Verbandsbildung veranlaßt ist. Bis zu 50 Proz. mußte oft die Erzeugungsfähigkeit des ganzen Jahr hindurch herabgesetzt werden. Wenn auch diese 50 Proz. kein Durchschnitt sind, so läßt sich doch nicht leugnen, daß in der Zementindustrie heute genau so unwirtschaftlich produziert wird wie im Kalibergbau. Die Zementindustrie war schon immer mit Betrieben überlastet, aber früher wurden nach einiger Zeit die schwachen Betriebe bald wieder ausgetrieben. Seit die Verbände eingegriffen haben, werden auch Betriebe gefördert, die früher im Rahmen der freien Konkurrenz bald wieder eingegangen wären. Dieser Zustand wird allmählich auch den großen und starken Betrieben lästig, die durch die Kontingentierung der Erzeugung eines Kreislaufes in ihrer Entwicklungsfähigkeit gehemmt sind. Sie erkennen die Unwirtschaftlichkeit des heutigen Zustandes immer mehr: eine ganze Reihe leistungsschwacher Betriebe wäre überflüssig, um Preisfreiheit für die starken Betriebe zu schaffen, die mit Rücksicht auf die schwächeren ihre ganze Überlegenheit gar nicht entwickeln können. Ob es im Rahmen der Verbandsbildung möglich ist, die Mängel zu beseitigen, ist mehr als fraglich. Vielmehr liegen die Dinge so, daß die finanziellen Nachteile aus dem jetzigen Zustande viele Betriebsleiter immer mehr von der Notwendigkeit der Abkehr von der bisherigen Verbandspolitik überzeugen. Der heutige Zustand ist sowohl vom Standpunkt der einzelnen Fabrik als auch vom Standpunkt des Gesamtgewerbes aus durchaus unwirtschaftlich und unhaltbar.

Letzte Nachrichten.

Die Fleischvergiftungen in der Steglitzer Straße.

Im lokalen Teil unseres heutigen Blattes berichten wir über Fleischvergiftungen in der Steglitzer Straße. Nach weiteren polizeilichen Ermittlungen sind bis jetzt 25 Personen nach dem Gewinne von verdorbenem Schinken erkrankt. Von diesen konnten bisher festgestellt werden: Frau Frieda Unger, Steglitzer Straße 10, und in dem Pensionat von Anna Deder, Steglitzer Straße 49, die Inhaberin selbst, ihr Sohn Karl, das Dienstmädchen Lina Behle und die Pensionarin Anna Scheerhart. Von diesen Personen befinden sich Frau Anna Deder und das Dienstmädchen Behle infolge ihres ersten Zustandes in einem Krankenhaus, die übrigen in ihren Wohnungen.

Corranza entsendet keine Vertreter.

New Orleans, 23. Juni. Nach einer Erklärung des Privatsekretärs Corranzas wird Corranza die Einladung der Vereinigten Staaten, Vertreter zu entsenden, nicht annehmen.

Schwere Unfälle auf einem Schießplatz.

Hamburg, 23. Juni. Wie die Abendblätter melden, wurden heute vormittag im Kadett-Lager fünf Kanoniere schwer verletzt. Einer wurde von einer umfallenden Bombe geschleudert, im Kreuz verletzt und mußte ins Lazarett nach Neuburg gebracht werden. Vier andere Kanoniere erlitten beim Sammeln von Sprengkräften durch explodierende Geschosse Quetschungen, Brandwunden und andere zum Teil schwere Verletzungen.

Gattenmord.

Wien, 23. Juni. In Gries bei Bozen hat der 35jährige frühere Feldbacher Heinrich Pechlaner seine Frau mit einem Hammer erschlagen und sich selbst erhängt. Pechlaner war starker Alkoholiker.

Der Streik auf den Naphthawerken in Baku.

Baku, 23. Juni. (B. T. S.) Der Streik auf den Naphthawerken dauert fort. Wegen des Verlustes, jegliche Arbeit gewaltsam zu verhindern wurden gegen 300 Streikende verhaftet. In Balaqany verjagten Streikende die Wohlfürne in Brand zu setzen.

Alles überragend!

Ausverkauf
der Saison-Restbestände
zubeispiellosbilligen Preisen

Unser Saison-Ausverkauf

bietet in allen Abteilungen
ohne Ausnahme
Preismäßigungen
teilweise bis zu ... **50%**

Unser Saison-Ausverkauf

umfaßt teilweise noch nie dage-
wesene bis an die äußerste
Grenzegehende Preismäßigung

Unser Saison-Ausverkauf

bietet Gewähr für unge-
wöhnlich billigen Einkauf
zur Reise, für die Ferien!

Unser Saison-Ausverkauf

wird fortgesetzt und findet
enormen Zuspruch

Vormittags-Stunden
z. Einkauf empfohlen!

BAERSONN

Spezialhaus größt. Maßstabes f.
Herrn- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Nachdruck verboten

Ihr Motorrad

ist erst dann, wie es sein soll, wenn Sie
sich auf die Bereifung und den Riemen
unbedingt verlassen können. Das
Beste ist hier gerade gut genug.
Wenn Sie Ärger vermeiden und
Zeit und Geld sparen wollen,
dann gibt es nur eins: Wählen Sie

Continental
Motorradreifen und Gummikeilriemen



Continental-Caouchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.

Personal 12 000.



Garbáty
Cigaretten

Qualität

Chne jede Auszahlung!!
Reine Raffiner, kleine Rollen!
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stopp- u. and. Decken.
MATZNER,
Gufelaubstraße Nr. 41.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Mann- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 10-8 ab. Sonnt. 9-10.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zeileten
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bldg.)

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 24. Juni 1914
Anfang 8 1/2 Uhr.

Boigt-Theater. Das Mitternachts-
mädchen.

Anfang 8 Uhr.

Vaudeville-Theater. Rino Barletto.
Potsdamer Naturtheater. Alt-
Potsdam.

Anfang 7 Uhr.

Eines Nollendorfer-Theater.
Die tolle Gräfin.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Zum Hochfest der Jung-
frau.

Deutsches Oberhaus. Undine.

Deutsches Theater. Das Rheingold.

Deutsches Künstler-Theater.

Jeppe vom Berge.

Leitung. Das Märchen vom Hohl-
Theater an der Weidendammer-
Brücke. Der müde Theodor.

Schiller O. Mein erlauchter Ahn-
herr.

Schiller Charlottenburg. Heiligen-
wald.

Berliner. Wie einst im Mai.

Königsgräber Straße. Mr. Su.
Dahlia. Wenn der Frühling kommt.

Marie. Philippine Welser.

Wenig. Operetten. Als ich noch
im Hügellande.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Säng-
er.

Palast-Theater. Barletto und Licht-
spiele.

Berliner Prater-Theater. Origi-
nal.

Anfang 8 1/2 Uhr.

kleines. Der Keks.

Theater am Nollendorferplatz.
Der Juxbaron.

Zustimmung. Die spanische Bärg-
e.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Scheidungs-Ehe.

Palast. Der müde Theodor.

Gelbes Caprice. Die Leibwächterin.
Die Amordragonier. Das Bett
Napoleons. Ah — da staun' ich.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Hans
Hudelein.

Residenz. Die verführte Liebe.
Admiralspalast. Im Tangoklub.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Mein erlauchter Ahnherr.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Mein erlauchter Ahnherr.

Freitag, abends 8 Uhr:

Mein erlauchter Ahnherr.

Schiller-Theater

Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Heiligenwald.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Heiligenwald.

Freitag, abends 8 Uhr:

Heiligenwald.

WINTERGARTEN

Neues Programm!

Radjah

in ihren Tänzen
Johnson u. Dean Jeannelle-Denard
Ragtime mit ihrem
Sextett Ballon

sowie

10 hervorragende Kunstkräfte

Entreeplatz wochentags
M. 0.60.

— Rauchen gestattet! —

URANIA

Taubenstraße 48/49.

8 Uhr:

Zum Hochfest der
Jungfrau.

Deutsches Künstlertheater

Sozialität.

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.

Kasse: Nollendorf 1383.

Täglich 8 Uhr:

Jeppe vom Berge.

Theater in der Königsgräber Straße

Täglich 8 Uhr:

Mr. Wu.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammerbrücke.

Täglich 8 Uhr, zum 110. Male:

Der müde

Theodor.

Vorher: Tanzgastspiel Miss Keen.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Die Leibwächterin.

Die Amordragonier.

Das Bett Napoleons.

Ah — da staun' ich.

Admiralspalast.

Eis-Arena.

Die

Novität „Im Tangoklub“

und das effektvolle Einballett

„Die lustige Puppe“.

Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr

halbe Kassenpreise.

Wein- und Bier-Abteilung.

Theater des Westens.

Mittwoch, Donnerstag, 8 Uhr:

Das Rheingold.

Theater am Nollendorferplatz 5.

8 1/2 Uhr:

Der Juxbaron.

Metropol-Theater.

Abends 7 Uhr 55 prägnant:

Die Reise um die Erde

in 40 Tagen.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Philippine Welser.

Anfang 8 Uhr:

Dehnerst.: Zwischen Himmel u. Erde.

— Auf der Gartenterrasse

— Rund um die Pyree. Or. Heine.

Vorher Konzert. Spezialitäten.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Die Scheidungs-Ehe.

Passage-Panoptikum.

Lebend!

Die letzten

weiblichen

Azteken!

Der unfesselbare Rappo,

der König der Ausbrecher.

Agä, die schwebende Jungfrau

Buddhas Geistesartafel.

Alles ohne Extra-Entree!

Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Voigt-Theater

Badstraße 58.

Neben Mittwoch Glittertag. — Täglich

Das Mitternachtsmädchen.

Gr. Ausstattungskunst m. Gel. u. Licht

von Kren und Klippel.

Gänzlich neue Spezialitäten.

Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säng-
er.

Zum Schluss:

Herr Direktor Kuhlische

Urkom. Barletto

von Reysel.

Anfang 8 Uhr.

Sonntags

7 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Anzeigen

übernimmt die Redaktion dem

Publikum gegenüber keinerlei

Verantwortung.